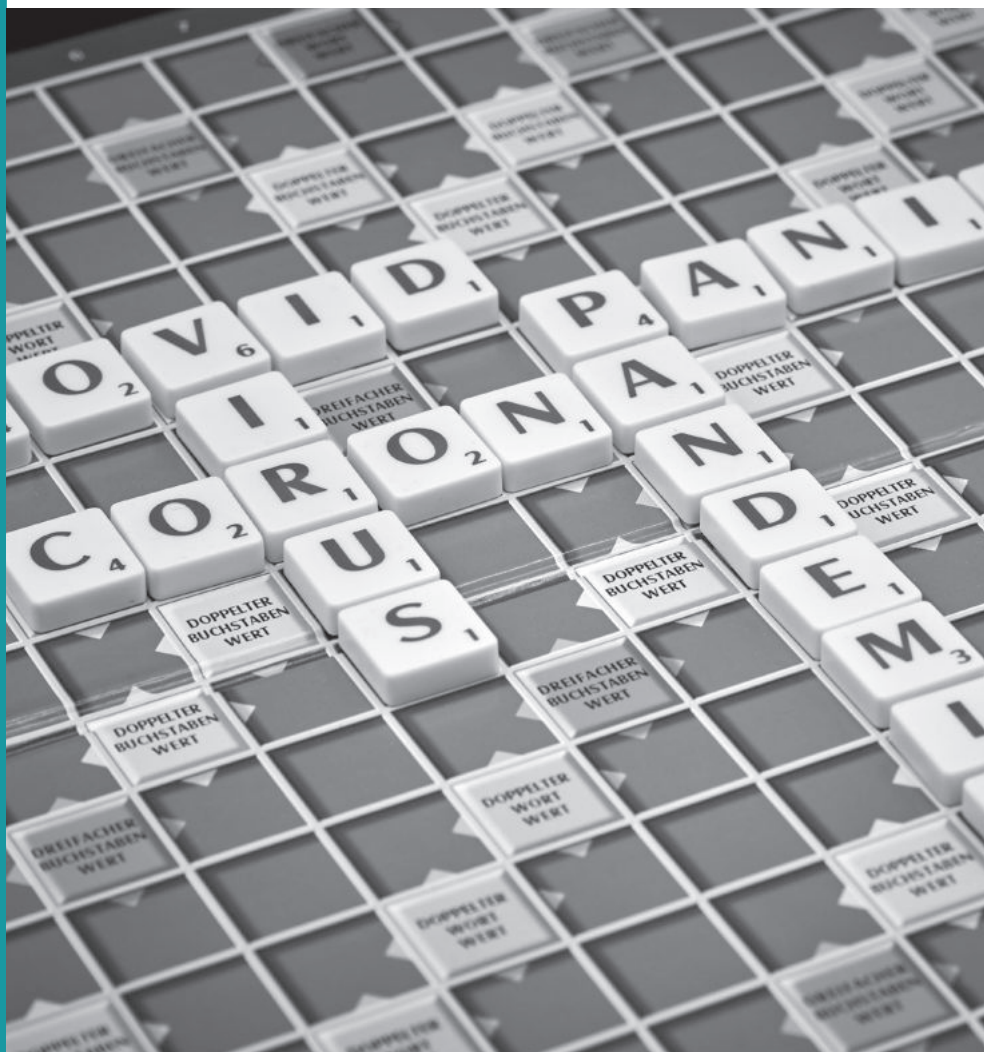




Corona als Unterbrechung?



I. Termine und Hinweise

- S. 5..... Termine
- S. 7..... Hinweise

II. Beiträge zum Schwerpunktthema

- S. 11..... COVID19 – Dreifache Last für den globalen Süden
- S. 19..... COVID19 und die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit
- S. 28..... Die Corona-Krise als Menschenrechtskrise
- S. 33..... Corona und die Kirche
- S. 39..... Sonntagsimpuls „Christlicher Glaube ist auch Gewaltanschauung“

III. Berichte aus dem Diözesanverband

55 JAHRE PAX CHRISTI MÜNSTER

- S. 43..... Mein persönlicher Rückblick - Eberhard Ockel
- S. 45..... Zivildienststelle als Wegbereiterin für Friedensarbeiter*in-Stelle - Hermann Flothkötter
- S. 47..... Politisches Mittagsgebet - Predigt von Stefan Leibold
- S. 53..... Pfingstpredigt 2020 von Maria Buchwitz

BERICHTE VON MITGLIEDERN

- S. 58..... Hiroshima und Nagasaki mahnen - 75. Gedenken der Atombombenangriffe
 - S. 61..... Mahnwache für Frieden und Solidarität (Münster)
 - S. 62..... Würdevolles Gedenken an Hiroshima und Nagasaki (Lüdinghausen)
 - S. 64..... Vor 75 Jahren wurden Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben zerstört (Recklinghausen)
 - S. 66..... Für die Ächtung von Atomwaffen (Coesfeld)
 - S. 67..... Interview mit Gisela und Theo Hinricher in Coesfeld
- S. 71..... Offener Brief an Annegret Kramp-Karrenbauer
- S. 73..... Zur Stellungnahme der Bischöfe zur Haltung ihrer Vorgänger in der Kriegsbeteiligung
- S. 84..... Rezension

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Corona ist eine Unterbrechung des „normalen“ Geschehens in Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche. Deswegen konnten auch wir als Redaktion nicht an diesem Thema vorbeikommen. Die Gesellschaft wurde unterbrochen durch die Vorschriften zum Verhalten, durch Maskenpflicht, Hygienevorschriften und Abstandsregelungen, die die Wirtschaft durch Schließung nicht lebenswichtiger Betriebe und Geschäfte, die Kirchen durch das Verbot von öffentlichen Gottesdiensten. Keiner hätte das noch im Januar so für möglich gehalten. Es wurde deutlich, wie brüchig das Fundament ist, auf dem alles aufgebaut ist. Und für uns als Friedensinitiative: Es wurde deutlich, dass weltweit vor allem die Armen und Schwachen die Opfer sind, weil sie sich nicht die hochgerüstete Medizin oder die Unterbrechung ihrer Tagesarbeit leisten können.

Die Unterbrechung des „Normalen“ zwingt zum Innehalten und Nachdenken: Wie kann oder wie müsste es weitergehen mit unserer Weltgesellschaft, auch in unserer Kirche? Was wird sich ändern oder

wird letztendlich die Devise sein: Möglichst schnell zurück zum Alten? Darüber denken die Autoren mit unterschiedlichen Akzenten in diesem Heft nach und laden alle Leser*innen ein, einzeln oder in den jeweiligen Bezügen oder Gruppen weiter nachzudenken und Möglichkeiten neuen, alternativen Handelns zu suchen.

Dazu kommen Berichte über das Gedenken zum Atombombenabwurf vor 75 Jahren durch unsere Gruppen vor Ort, Rezensionen zu einem Buch über Sterben und Tod und zur Bischofserklärung zum Verhalten ihrer Vorgänger im Zweiten Weltkrieg, persönliche Zeugnisse und Offene Briefe von pc-Mitgliedern. In der Mitte die Einladung zur geplanten Diözesanversammlung am 31. Oktober. Ob sie so stattfinden kann, wird sich zeigen.

Auch in Coronazeiten darf die Friedensarbeit nicht schlafen. Wir wünschen euch Gesundheit und Kraft für euer Engagement!

Daniel Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

TERMINE

Samstag, 3. Oktober 2020, Kalkar

Am Tag der Deutschen Einheit: Auf nach Kalkar, für Abrüstung und Verständigung!

Die Friedensversammlung Rhein Ruhr hat sich einmütig für eine erneute Demo in Kalkar am 3. Oktober ausgesprochen. Der Aufruf ist verabschiedet worden und die Planungen und Vorbereitungen für die alljährliche Demo am Luftwaffenstützpunkt in Kalkar können nun beginnen.

Zu den Forderungen im Aufruf gehören das Ende der Stationierung der US-Atombomben in Büchel, die Umwandlung des Zentrum Luftoperationen in Kalkar/Uedem für zivile Zwecke und die Umwidmung der Gelder für Hochrüstung zugunsten der Daseinsvorsorge wie Klimagerechtigkeit, Gesundheit, Sozialpolitik, Bildung und Kultur.

Mehr Informationen auf der Webseite der DFG-VK Nordrhein-Westfalen:
www.nrw.dfg-vk.de

Wollen Sie auf dem Laufenden bleiben? Abonnieren Sie den Newsletter!

Nicht alle Termine, Meldungen und Hinweise können in der Korrespondenz erscheinen. Manches erreicht uns erst kurzfristig oder wird aufgrund der aktuellen politischen Lage veröffentlicht. Wenn Sie dennoch auf dem Laufenden bleiben wollen, dann schauen Sie gerne auf unserer Webseite vorbei oder senden Sie uns Ihre Email-Adresse (an_muenster@paxchristi.de) – so können wir Ihnen regelmäßig Informationen über unseren Newsletter schicken.



Mittwoch, 11. November 2020, Recklinghausen

Ökosozialismus

Referent Bruno Kern vom Netzwerk „Ökosozialismus“ und Autor des Buches „Das Märchen vom Grünen Wachstum“ (2019) berichtet über die Idee des Ökosozialismus. In seinem Buch stellt er die kapitalistische Produktionsweise und die Konsumweise des globalen Nordens als die zentralen Problematiken des Klimawandels fest. Er macht klar den globalen Kapitalismus für die Klimazerstörung verantwortlich und formuliert eine konkretere Alternative zum heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem formuliert: Den Ökosozialismus. Zentral sticht in seinem Buch seine These heraus, dass der Energie- und Ressourcenverbrauch auf der Welt (vor allem in den Industrienationen) deutlich zu hoch ist und keine Entkoppelung von Wachstum und Verbrauch möglich sei.

Veranstaltungsort und Zeit werden noch bekannt gegeben.



Samstag, 9. Januar 2021
Gymnasialkirche des
Petrinums Recklinghausen

pax christi-Friedensgottesdienst

Herzliche Einladung zum traditionellen Friedensgottesdienst, dieses Mal in der Gymnasialkirche des Petrinums Recklinghausen.

Über die Uhrzeit sowie den Ablauf wird auf der Diözesanversammlung beraten und anschließend rechtzeitig bekanntgegeben in der Ausgabe 03-2020, auf der Webseite und im Newsletter.

HINWEISE

Nach Dürresommern „Nuklearer Winter“? Atomwaffengegner*innen reichen Verfassungsklage ein

Am Montag, den 24. August 2020 haben vier „Widerständige Alte“ eigenhändig in Karlsruhe Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie beklagen, dass sich die Gerichte nicht mit dem Unrecht beschäftigt hätten, das von der Existenz der US-Atombomben in Deutschland ausgehe.

Die zwischen 67 und 79 Jahre alten Beschwerdeführer*innen waren wegen „Hausfriedensbruchs“ zu jeweils dreißig Tagessätzen und Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt worden, weil sie am 23.7.2018 ohne Erlaubnis der Bundeswehr auf der Startbahn des Militärflugplatzes Büchel für die Beseitigung der dort stationierten US-Atombomben und das Verbot aller Atomwaffen protestiert hatten. Die Aktion hatte bundesweit auf die Existenz von Atombomben in Deutschland aufmerksam gemacht.

In den vorangegangenen Verfahren hatten es die Gerichte in Cochem und Koblenz abgelehnt, die Frage zu beantworten, inwieweit die Bundeswehr in Büchel Übungen mit atomaren Massenvernichtungswaffen durchführen darf. Dabei hatten die Angeklagten auf die schrecklichen Folgen eines Einsatzes bis hin zum „Nuklearen Winter“ hingewiesen. Dieser würde durch den dichten Rauch eine flächendeckende Verdunkelung, Temperatursenkung auf wenige Grad über Null über Monate hinweg und nachfolgende Ernteausfälle und Hungersnöte erzeugen. Damit wäre das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung massiv verletzt.

Sämtliche Beweisanträge zur Völkerrechts- und Verfassungswidrigkeit der Atomwaffen hatten die Gerichte zurückgewiesen. Auch mit der Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit den US-Atombomben oder eines versehentlich ausbrechenden Atomkriegs beschäftigten sie sich nicht.

Das sei aber für die Beurteilung der Frage entscheidend, ob ein „Hausfriedensbruch“ vorliegen könne, meinen die „Widerständigen Alten“. Denn das Nutzungsrecht der Bundeswehr an dem Flugplatz sei nur soweit geschützt, wie das Gelände zu legalen Zwecken verwendet würde. „Unser Recht, auf der Startbahn gegen Übungen mit erbotenen Massenvernichtungswaffen zu protestieren, muss schwerer wiegen als das Recht der Bundeswehr, dort unbehelligt solche Übungen durchführen zu können“, meint Susanne Großmann, Grundschullehrerin aus Erlangen. Der Diakon Herbert Römpp aus Hilpoltstein ergänzt: „Die verfassungsmäßige Ordnung wurde in Deutschland nach dem unvorstellbaren Grauen des NS-Regimes entwickelt, um dem Frieden zu dienen und die Würde des Menschen zu schützen. Wir sehen, dass die Bundesregierung über illegale Massenvernichtungswaffen verfügen will, die die Zerstörungskraft der Bomben im Zweiten Weltkrieg in den Schatten stellt und die geeignet sind, wahllos unschuldige Menschen zu töten. Wir ähnen darauf, dass sich jetzt das Bundesverfassungsgericht mit diesem Unrecht beschäftigt.“

Die Beschwerde führen:

Ariane Dettloff, Journalistin aus Köln; Susanne Großmann, Grundschullehrerin aus Erlangen; Brigitte Janus, Ärztin aus Nürnberg, und Herbert Römpp, Diakon aus Hilpoltstein.

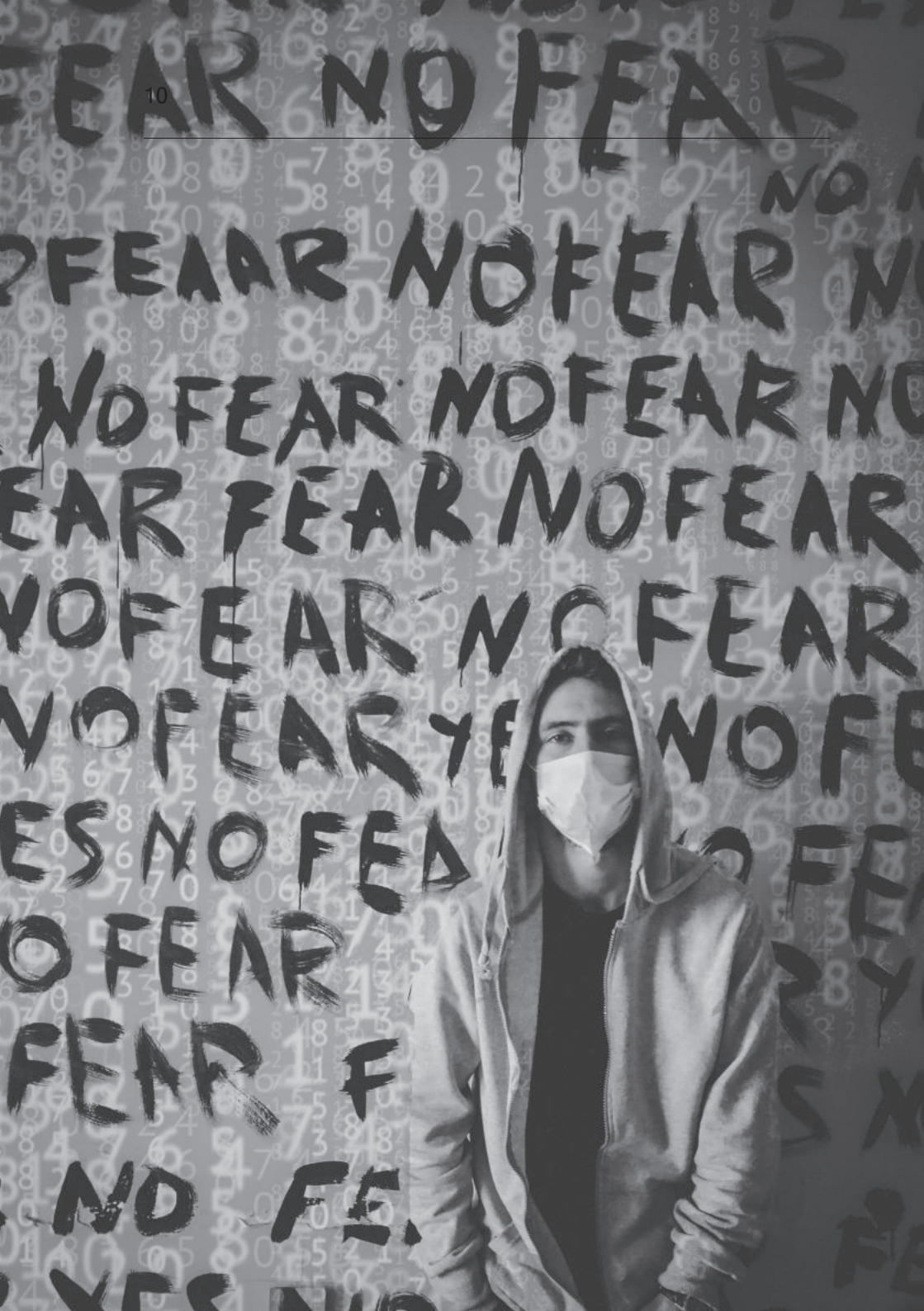
Tornado-Piloten sollen nukleare Teilhabe verweigern!

Ein öffentlicher Appell aus der Friedensbewegung fordert die am Atomwaffen-Standort in Büchel tätigen Tornado-Pilotinnen und -Piloten auf, nicht länger an der nuklearen Teilhabe mitzuwirken.

Der Appell, der u.a. in der Rhein-Zeitung am 20. Juni 2020 als Anzeige veröffentlicht ist und vorab an den Kommandeur des Geschwaders geschickt wurde, steht im Kontext der aktuellen Debatte um die Beschaffung neuer nuklearfähiger Kampffjets und ist von 127 Personen und 18 Organisationen unterzeichnet. Die Pilotinnen und Piloten, die im Ernstfall die Atombomben abwerfen sollen, werden eindringlich auf die Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit von Atomwaffeneinsätzen und aller damit in Zusammenhang stehenden Unterstützungsleistungen hingewiesen. Es wird betont, dass entsprechende Befehle rechtswidrig seien und weder erteilt noch befolgt werden dürften. Als Beleg für die Rechtswidrigkeit wird auch die Taschenkarte der Bundeswehr zitiert, die deutschen Soldatinnen und Soldaten den Einsatz atomarer Waffen gemäß humanitärem Kriegsvölkerrecht ausdrücklich verbietet. Der Appell fordert zugleich von Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen und Bürgern, sich für die Abschaffung der Atombomben und die Unterzeichnung des neuen UN-Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen.

*Armin Lauven / Martin Singe
(Initiatoren des Appells, pax christi Bonn)*

Wortlaut des Appells auch per Link u.a. in
<https://www.bremerfriedensforum.de/1267/aktuelles/Aufruf-an-die-Tornado-Piloten-des-Taktischen-Luftwaffengeschwaders-33-am-Atom-bombenstandort-Buechel-zur-Verweigerung-der-Mitwirkung-an-der-nuklearen-Teilhabe/>



COVID19 – Dreifache Last für den globalen Süden

Anselm Meyer-Antz

In der 12. Kalenderwoche 2020 erreichten die Geschäftsstelle Misereors völlig neuartige Emails und Briefe. Es wurde Anteilnahme, großes Interesse, eine enorme Empathie und ein Solidaritätsangebot aus Indien, Brasilien und anderen Ländern übermittelt.

Während die Projektarbeit eigentlich daran gewöhnt ist, in Projektberichtsform, aber auch in vielen anderen Mitteilungen Informationen über die strukturellen Ungerechtigkeiten in den Ländern des globalen Südens zu erhalten und sich die Anteilnahme der Partner im Süden in den technischen, schriftlichen Kommunikationen sehr zurück hält, wurde nun ein großes Interesse, eine enorme Empathie und auch ein Solidaritätsangebot aus Indien, Brasilien und anderen Ländern übermittelt.¹

Deutschland wurde als vorrangig von COVID19 betroffenes Land wahrgenommen, unsere Partner machten sich Sorgen um uns. Aus der Perspektive vor allem der Schwellenländer wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der CORONA-Pandemie zunächst als die Bewältigung eines großen Problems wahrgenommen, das weit entfernt war. In dieser Woche gingen Inder und Brasilianer noch davon aus, dass sie verschont bleiben würden, der Begriff „Pandemie“ war für sie noch kein Schreckgespenst. Dass sich die amtliche Politik in den ge-

¹ In der Realität sind solche Umkehrungen des technischen Verhältnisses auch bei anderen Gelegenheiten vorgekommen. So gratulieren die Brasilianer immer sehr höflich und aufrichtig, wenn Deutschland die Fußballweltmeisterschaft gewinnt. Bei der Oderflut 1997 sammelten die honduranischen Christen für die notleidenden Deutschen. Schließlich gab

es im Zusammenhang der deutschen Einheit im globalen Süden viel Informationsbedürfnis und viele teilweise angemessene, teilweise aber auch nur im Kontext der Postkolonialisierung verständliche Glückwünsche zur deutschen Einheit im Jahr 1990

nannten Ländern des globalen Südens sehr voneinander unterschied, leistete einen weiteren Beitrag zu diesem Gefühl der Distanz vom Problem. Während Indien und China die Pandemie jeweils ab einem gewissen Punkt sehr ernst nahmen und in jeweils eigener Weise drastische Maßnahmen ergriffen, weigert sich der brasilianische Präsident bis heute, die Pandemie politisch wahrzunehmen.

Die distanziert-empathische Beobachtung verwandelte sich schnell in Betroffenheit. In der 13. Kalenderwoche dekretierte Indiens Ministerpräsident Narendra Modi das nationale Ausgangsverbot, welches im Vergleich zu den Restriktionen in Deutschland eher wie ein nationaler Hausarrest anmutete. Millionen von Arbeitsmigranten blieb nichts anderes übrig, als den Fußmarsch nach Hause in ihre Dörfer anzutreten.

Was wissen wir über einzelne Episoden und statistische Zahlen hinaus über die Auswirkungen der Pandemie im globalen Süden? Welche Herausforderungen kommen auf die Menschen im globalen Süden im weiteren Verlauf der Pandemie zu? Um diese Frage zu beantworten, ist zunächst eine verallgemeinernde Beschreibung der schockhaften Veränderungen unserer globalen, regionalen und nationalen Realitäten notwendig. Im Anschluss daran

wird versucht, das Geschehen im globalen Süden in den Kontext einer Bewältigung der globalen Pandemie einzuordnen.

Die Pandemie hatte in Europa in einer deutlichen Mehrheit von Ländern die zügige Beseitigung zahlreicher politischer und juristischer Tabus zur Folge. Erschien noch im Januar das Infektionsschutzgesetz in Deutschland als ein selten zum Tragen kommendes Gesetz aus den Tagen des Obrigkeitsstaates, war es ab Mitte März in aller Munde. Gesundheitsämter und ihre Mitarbeiter erhielten damit eine Bedeutung und exekutive Gewalt, die viele Deutsche der Polizei nicht zugestehen und welcher sie sich in vielen anderen Fällen auf dem Rechtsweg widersetzen würden. Durchaus im föderalen System und ohne Beseitigung von Beschwerde- und Rechtsweg wurden im Zentrum Europas Freizügigkeitsbeschränkungen auferlegt, die unzählige typische Berufe an den Rand des Einkommensabgrundes brachten. Die Absage der Ostergottesdienste und der einschlägigen Aufführungen klassischer Musik brachte viele freie MusikerInnen um bis zu 50 % ihres Jahreseinkommens. Die seit der Einführung Rita Süßmuths in das Amt der Familienministerin im Jahr 1987 mühsam in Gang gebrachte Übernahme einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Pflege, die Bildung und die

Betreuung von Kindern und Jugendlichen wurde innerhalb eines Tages rücksichtslos in der Familien zurück verlegt. Eltern, in den vergangenen 33 Jahren zunehmend daran gewöhnt, dass Staat und Gesellschaft sie bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder unterstützen, wurden nicht nur dieser Unterstützung beraubt. Mit den Kontaktverboten zu Großeltern wurden die jungen Familien auch noch ihrer häufig sehr wichtigen informellen Unterstützung durch weitere soziale Netze entledigt. Wird der Blick auf den Widerstand gegen den nun plötzlich sehr stark agierenden demokratischen Staat am Anfang des 21. Jahrhunderts geworfen, so darf man sich eher wundern, dass es nur so wenig Rebellion gegen diesen zuvor beim Eingriff ins Private eher zurückhaltenden Staat gab, der nun plötzlich massiv die Dinge des täglichen Lebens regelte. Der Erfolg gab der Politik recht. Bei allem Schrecken und bei der Trauer um jeden Toten und jede Tote der Pandemie: Deutschland wurde in internationalen Rankings als zweiterfolgreichstes Land in der Bewältigung der Pandemie nach Israel gehandelt.

Neben dieser Perspektive des wiedererstarkten Staates sind jedoch auch die plötzliche Auferstehung

bestimmter Politiken zu bemerken, die sich seit der Zeit profiliert neoliberaler Debatten in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf dem Rückzug befanden. In Windeseile warfen die Finanzpolitiker die deutsche Austeritätspolitik der Marke „Schwarze Null“ über Bord und brannten ein Feuerwerk der neokeynesianischen² Ausgabenpolitik zur Abmilderung der eintretenden Rezession ab.³



Der Staat meldet sich wie schon in der Finanzkrise 2008 massiv als wirtschaftlicher Akteur zurück. Wo die zuhause Gebliebenen weniger auf den Märkten nachfragen und

2 Unter einer keynesianischen Wirtschaftspolitik wird die eines wirtschaftlich aktiven Staates verstanden, welcher durch die Ersetzung einer abflauenden Nachfrage durch Ausgaben auf der Grundlage von Staatsschulden Rezessionen und Arbeitslosigkeit verhindert.

3 Aus der griechischen Perspektive muss diese Bereitschaft deutscher Finanzpolitiker zur Bewältigung durch erhöhte Ausgaben geradezu „pharisäisch“ anmuten.

so die Konjunktur bedrohen, gleicht der Staat den Nachfragerückgang aus und mildert so den Abschwung ab bzw. verhindert im schlimmsten Fall den Zusammenbruch von Wirtschaft und Währung. Daneben tauchte eine neue Form der pragmatischen Sozialpolitik auf, die in der Geschichte Deutschland so noch nicht da gewesen zu sein scheint und z. B. so auch nicht benutzt wurde, um die Folgen der deutschen Einheit für soziale Schwache zu mildern. Ein Haushalt kann seine Miete nicht mehr bewältigen? Der Staat hebt die Kündigungsmöglichkeiten des BGB auf. Ein Klein- oder mittelständiger Unternehmer kann seine Werkstatt nicht mehr finanzieren? Der Staat gibt ihm das nötige Geld auf einem so schnellen Weg, dass der Missbrauch einfach ist, aber auch zahlreiche Unternehmenszusammenbrüche verhindert werden. Pflegepersonal weist darauf hin, dass es strukturell nicht angemessen bezahlt wird? In kürzester Zeit werden Boni bewilligt.

Natürlich erleben wir in Deutschland und in der EU im Zusammenhang mit den Staatseingriffen in das Pandemiegeschehen auch viel Staatsversagen. Aus der Perspektive der Bewahrung der Schöpfung wird z. B. einmal mehr deutlich, welche antiquierte Macht die Automobilindustrie im Herzen Europas noch immer mobilisieren kann. Hier aber

soll nun das konstruierte Szenario eines relativ erfolg- und hilfreichen Staates mit der Pandemieentwicklung im globalen Süden verglichen werden.

Fast alle Länder des globalen Südens wurden irgendwann von der Pandemie erreicht. Die unterschiedlichen Regierungen wählten in einer gewissen Abhängigkeit von ihrer Staats- und Gesellschaftsform ihr jeweils ganz eigenes Reaktionsmuster. Das eine Extrem der Reaktion ist das Reaktionsmuster vom Typ „Bolsonaro“. Die Pandemie wird ignoriert, MahnerInnen und WarnerInnen werden verächtlich gemacht. Das andere Extrem ist das Muster „China“. Nach einer kurzen Phase von Versuchen, das Epidemiegeschehen herunter zu spielen, wird die ganze Macht der kommunistischen Partei dafür eingesetzt, die Infektionswelle einzugrenzen. Die Provinz Wuhan wird hermetisch abgeriegelt. Mächtige Ressourcen werden (auch pressewirksam) in Bewegung gesetzt, die Gesundheitsinfrastruktur fit für die Pandemie zu machen. Gerade deshalb darf China jedoch nicht als ein Reaktionsmuster des strukturell benachteiligten globalen Südens angesehen werden. Ein relativ starker Staat mit einer sehr starken Wirtschaft verfügte im chinesischen Fall über die Ressourcen, der Epidemie auch mit medizinischen und mit gewissen

sozialpolitischen Mitteln zu begegnen. Dem Bewältigungsmuster vom Typ „Bolsonaro“ ist deshalb eher das Bewältigungsmuster vom Typ „Indien“ entgegen zu setzen. Indien reagierte ab dem 24. 03.2020 mit einer radikalen Seuchenpolitik des Ausgehverbotes, welche durchaus als „nationaler Hausarrest“ bezeichnet werden darf. Zunächst wurde in Indien davon ausgegangen, dass die Infektion mit aus Italien zurückkehrenden ManagerInnen ins Land eingeschleppt worden sei. Damit war die Krankheit eine Krankheit der Oberschicht und der oberen Mittelschicht. Die Bereitschaft, schwerwiegendste Einschränkungen des öffentlichen Lebens hinzunehmen, mag dazu in einer engen Verbindung stehen. Hätte die indische Regierung auch so rigoros reagiert, wenn diese Epidemie zunächst als eine Krankheit der Armen und nicht der Manager und Studenten daher gekommen wäre? Die Irrelevanz eines Ausgehverbotes für eine Mehrheit der InderInnen aber wird an folgendem Beispiel aus Mumbai/ Bombay deutlich. Polizisten forderten eine Familie von StraßenhändlerInnen unter einer Brücke von Bombay auf, nach Hause zugehen. Die Betroffenen reagierten mit ironischem Gelächter. Seit mehreren Generationen betreiben sie ihren Stand an dieser Stelle und wohnen dort auch, sie waren also „zu Hause“. In der Folge kam es

zum Schlagstockeinsatz. Innerhalb der ersten Woche wurde klar, dass Indien seuchenpolitisch zu einer Reaktion in der Lage war, jedoch weder über weitergehende gesundheitspolitische⁴, noch wirtschaftspolitische, noch sozialpolitische noch bildungspolitische Möglichkeiten verfügte. Diese Situation ist typisch für eine Reihe von anderen Ländern nicht nur Südasiens, unabhängig davon, ob sie über eigene wirtschaftliche Kraft (wie Indien oder Indonesien) verfügen oder nicht. Indien entwickelte Ansätze sozial- und wirtschaftspolitischer Antworten. Ein Beispiel aus einem größeren Misereorprojekt mag deutlich machen, warum diese Ansätze wegen dysfunktionaler Institutionen zum Scheitern verurteilt sind. Zum Schutze informell beschäftigter BergarbeiterInnen und ihrer Kinder sieht die indische Sozialgesetzgebung für jeden Kreis mit Bergbau die Schaffung eines Fonds für die Bergarbeiterinnen vor. Diese Fonds werden oft trotz Vorschrift nicht eingerichtet. Werden sie eingerichtet, fließt das Geld oft nicht ab. Oder das Geld fließt ab, aber nicht zum Wohle der Betroffenen. Die indische Regierung hatte die VerwalterInnen auf Kreisebene dazu aufgefordert, die vorhandenen Mittel allgemein für die Bekämpfung der COVID19-

⁴ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-indien-125.html>

Pandemie verfügbar zu machen. In dem Projekt wurde nun die entsprechende Überprüfung durchgeführt. Ein Bürgermeister antwortete auf die entsprechende Frage, es sei keine Sorge über eine solche Zweckentfremdung der Mittel notwendig, das Geld würde für den Bau eines allgemeinen Gemeindeverwaltungszentrums verwendet.

Der massive Exodus der durch das Ausgehverbot zum Hunger verurteilten informellen indischen WanderarbeiterInnen macht deutlich, dass alle indischen Regierungen keine Politik der Menschenrechtsschutz dieser informellen Stadtproduzenten haben. Informelle Güter- und DienstleistungsproduzentInnen werden von PolitikerInnen kaum wahrgenommen. So wurde der Zugverkehr, vor allem zwischen den verschiedenen Bundesstaaten in Indien, zur Vermeidung der Infektionsverbreitung von einem auf den anderen Moment völlig ausgesetzt. Dann wurde sichtbar, dass die oft auf den Hauptstraßenmittelstreifen lebenden WanderarbeiterInnen mit dem Ausgehverbot jede Möglichkeit der Daseinsbestreitung verloren hatten und dringend in ihre Dörfer zurückkehren wollten. Die Regierung ließ den Zugverkehr wieder zu. Hiergegen nun wieder protestierte die Bauindustrie in Mumbai, weil sie so das Personal für die notwendigen Minimalarbeiten an ihren Baustellen verlor und massive

Einbußen erwartete. Ähnlich konfus waren die zaghaften politischen Ansätze zur Betreuung der überall gestrandeten und auf Fußmärschen befindlichen WanderarbeiterInnen. Zunächst wurde von einem Bevollmächtigten der Zentralregierung – ganz im Gegensatz zur durchgängigen Praxis der letzten Jahre – ein Loblied auf den Beitrag der Nichtregierungsorganisationen zur Bewältigung der Hungerkrise gesungen. Dann wurden an anderer Stelle NRO-MitarbeiterInnen von der Polizei vertrieben, als sie Lebensmittel verteilen wollten. Schließlich verlangte das NRO-Büro beim Innenminister von allen registrierten NROs detaillierte Auskunft über das Ausmaß der von diesen jeweils geleisteten Hilfe.

Während sich die staatliche Politik im globalen Norden (z.B. s.o. in Deutschland) als mehr oder weniger orchestriertes Maßnahmenbündel des Ausgleichs zwischen massiven krisenbedingten Einschränkungen der individuellen und der Gewerbefreiheit einerseits und den daraus folgenden Härten darstellt, sind im globalen Süden zwei Reaktionsmuster erkennbar. Entweder das Infektionsrisiko wird ignoriert (Typ Bolsonaro). Dies bedeutet traurige Rekorde bei den Todeszahlen, jedoch eine Fortsetzung der informellen Wirtschaftsabläufe. Oder die Menschen der Mittel- und Oberschicht werden durch Qua-

rantänemaßnahmen geschützt, in eingeschränktem Ausmaß auch die Armen, wie dies etwa in Dharavi, dem größten Slum Indiens in Bombay möglich gewesen sein soll⁵. Bei diesem Reaktionstyp „Indien“ wird jedoch die gesamte sozialpolitische Unfähigkeit der Schwellenländer offenbar. Die Folge einer solchen Quarantänepolitik ohne begleitende oder schlecht orchestrierte Maßnahmen sollen hier als „dreifaches COVID19-Risiko“ bezeichnet werden. Zunächst sind die Armen von einem erhöhten Infektions- und Dispositionsrisiko betroffen. Wer in engen Verhältnissen lebt, in diesen eingeschlossen wird und sich mangelhaft von Reis, Bohnen und Fleischabfällen⁶ oder von Reis und Linsen⁷ ernährt, der infiziert sich leichter und muss bei einer Virusinfizierung eher mit einem schweren Verlauf rechnen. Wer informell als Tagelöhner, Wanderarbeiter oder Straßenverkäufer arbeitet, der verliert mit Quarantäne- und Ausgehverbotsmaßnahmen sofort und unwiderruflich sein Einkommen und damit seine einzige Lebensgrundlage. Das zweite Risiko der arm Gemachten ist das Einkommens- und Hungerrisiko, welches höher

als das Infektionsrisiko erscheint.⁸ Weder in Indien noch in Brasilien sind bis jetzt größere Transfer- und Konjunkturprogramme für den Ausgleich dieser Situation bekannt geworden. Schließlich ist gerade für die Schwellenländer mit Quarantäne- und Ausgehverbotsmaßnahmen ein familiäres Bildungsrisiko verbunden. So war in den letzten Jahrzehnten ein deutlich höherer Anteil an Hochschulstudierenden aus Armutswohngebieten zu verzeichnen. In den Ländern des globalen Südens steht jedoch eine niedrige Ausbildungsqualität in den Bildungseinrichtungen hohen Standards bei den Zugangsprüfungen zu höheren Bildungseinrichtungen gegenüber. Die Schulschließungen werden die Zahl der Jugendlichen aus armen Haushalten, welche die Zugangsprüfungen zur nächst höheren Bildungsstufe nicht schaffen, zwangsläufig erhöhen.

Nicht übersehen werden darf ein viertes, spezifisches Risiko für ethnische Minderheiten, welches hier als „COVID19-Schattenspende für amtliche Menschenrechtsverletzungen“ bezeichnet wird. Im Rahmen der Konzentration der Öffentlichkeit auf die Pandemie gingen Regierungen des globalen Südens gegen Minderheiten vor. In Indien nahmen die Kastendiskriminierung

5 Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/indien-corona-107.html>

6 Typische Ernährungsweise gering verdienender Haushalte in Brasilien.

7 Typische Ernährungsweise gering verdienender Haushalte in Indien.

8 Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/indien-folgen-ausgangssperre-101.html>

und die Repression in Kaschmir zu. In China wurde der Druck auf die Uiguren erhöht. Und der brasilianische Umweltminister plädierte auf einer Kabinettsitzung dafür, die „Chance“ für die Ausweitung der Regenwaldabholzung zu nutzen.

COVID19 trifft die marginalisierten Bevölkerungsgruppen also ungleich mehr. Dies könnte betroffene Gruppen u.a. für „Verschwörungstheorien“ besonders empfänglich machen und so den Frieden und die Kohäsion gerade in großen Gesellschaften bedrohen. In Indien wurde eine Konferenz einer missionarischen muslimischen indischen Gruppierung Anfang März im Neu-Delhi-Stadtteil Nizamuddin zum Fanal. Muslimen wurde unterstellt, die Krankheit im Land zu verbreiten, nachdem eine signifikante Anzahl TeilnehmerInnen positiv auf den aktuellen Coronaerregger getestet werden konnte. Später wurden im Internet Videos verbreitet, auf welchen vorgeblich ein Moslem auf Lebensmittelauslagen spuckte, um die Bevölkerung zu infizieren. Es ließ sich nachweisen, dass das Video gestellt war.

Mit Blick auf die Zukunft wird durch die hier gewählte Perspektive folgendes deutlich:

Auch die marginalisierten Bevölkerungsgruppen im globalen Süden haben aus einer menschenrechtlichen Perspektive Anspruch auf eine stabilisierende Wirtschaftspolitik, auf Transfers, die so schnell ausgezahlt werden wie die Quarantäne- und Ausgehverbotsmaßnahmen angeordnet werden, auf eine Integration in Mechanismen der Distanzbeschulung. Auch wenn nun der Eindruck entstanden sein sollte und dieses hier und da auch aus den Zivilgesellschaften des globalen Südens zu hören war, - Ausgehverbote und staatliche Gewährleistung von Distanz zwischen möglichen Infektionsträgern sowie Nachverfolgung von Infektionsketten sollen den Gesellschaften des globalen Südens nicht bestritten werden. Nur – diese müssen durch eine wirkungsvolle Sozialpolitik ad hoc begleitet werden. Zahlreiche Staaten des globalen Südens werden das nicht ohne staatliche Unterstützung aus dem globalen Norden können.

Anselm Meyer-Antz ist Indienreferent in der Asienabteilung bei Misereor

Kein gutes Leben für Alle

COVID-19 und die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit

Ingolfur Blühdorn

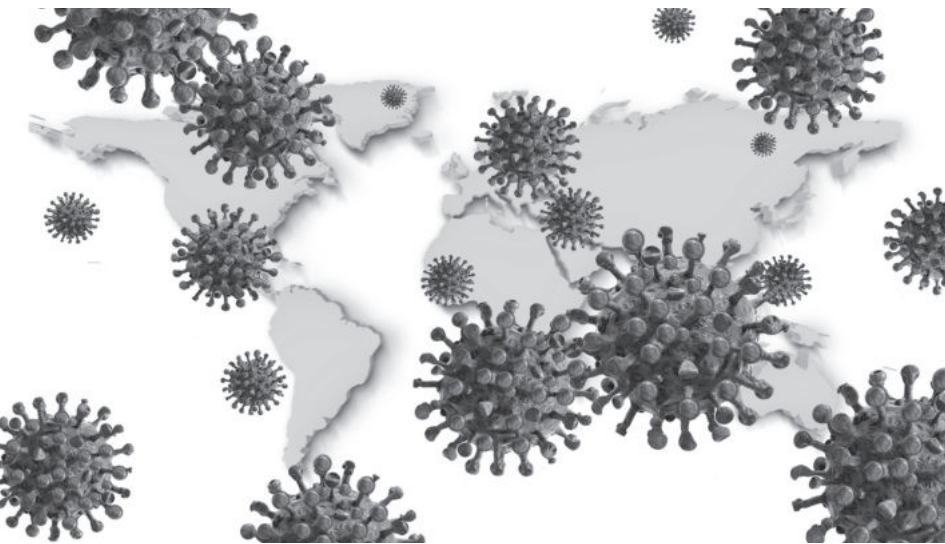
COVID-19 ist just in dem Moment über uns hereingebrochen, als das Buch „Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit“ in die Buchhandlungen kam. Viele Beobachter hatten gerade in der ersten Phase der Pandemie gehofft, dass Corona vielleicht eine große Chance sein würde, endlich eine umfassende sozial-ökologische Transformation unserer kriselnden Gegenwartsgesellschaften einzuleiten. Inzwischen zeichnet sich aber immer deutlicher ab, dass die Pandemie eine solche Transformation wohl eher noch schwieriger und unwahrscheinlicher macht, als sie es schon vorher gewesen war.

Noch wichtiger als diese bloße Feststellung, dass eine solche sozial-ökologische Wende mit und nach Corona vielleicht sogar noch weniger zu erwarten ist als zuvor, ist allerdings eigentlich die Frage, warum das so ist. Auf diese Warum-Frage gibt es nicht eine einfache Antwort, sondern nur viele verschiedene, ineinandergreifende Teilantworten, die alle ihre Berechtigung und Bedeutung haben. Man könnte zum Beispiel sagen, dass moderne, funktional ausdifferenzierte und gleichzeitig internationalisierte Gesellschaften kaum noch über die politische Ko-

ordinations- und Steuerungsfähigkeit verfügen, die für eine solche sozial-ökologische Transformation unbedingt erforderlich wäre. Oder man könnte sagen, dass die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften, die Macht der globalen Konzerne und die Interessen der Kapitaleigner, eine sozial-ökologische Transformation wirksam verhindern. Oder man könnte sagen, dass die Bürger immer noch zu wenig umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Information haben und bisher immer noch viel mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden müsste.

Diese verschiedenen Erklärungsansätze – und es gibt andere mehr – sind, wie gesagt, durchaus wichtig und berechtigt. In dem Buch konzentrieren wir uns aber auf eine Erklärungsdimension, die in der sozialwissenschaftlichen und auch in der öffentlichen Diskussion sehr viel weniger Beachtung findet – vielleicht weil sie mit dem Selbstverständnis und den Selbstbeschreibungen moderner Bürger

Konsumgesellschaften nicht zuletzt deshalb so schwer zu überwinden ist, weil sich in diesen Gesellschaften – und zwar nicht nur bei kleinen Minderheiten – Vorstellungen von Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und einem guten Leben herausgebildet haben und vorherrschend geworden sind, die mit dem Projekt einer sozial-ökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit kategorisch unver-



und unserer Gesellschaften insgesamt nicht gut zusammenstimmt. Dieser Erklärungsansatz besagt, dass die inzwischen eigentlich weitestgehend unstrittige soziale, ökologische, ökonomische, politische und auch kulturelle Nicht-Nachhaltigkeit unserer wohlhabenden

einbar sind, und die nur dann und nur so lange *haltbar* sind, wie eine solche Nachhaltigkeitstransformation verhindert wird.

Eine zentrale These lautet also: Es sind nicht allein die Kapital- und Machteliten, die die sozial-ökolo-

gische Transformation verhindern. Und die Ursache für die *nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit* liegt auch nicht primär in der hochkomplexen, kaum steuerbaren Struktur moderner Gesellschaften, oder in einem Mangel an Information, Bewusstsein und Umwelterziehung. Die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit ist vielmehr auch ganz wesentlich deswegen so stabil, weil sie – und zwar heute mehr denn je – von einer umfassenden Koalition ganz verschiedener gesellschaftlicher Akteure, von einer gesellschaftlichen Mehrheit, getragen und legitimiert wird. Diese verschiedenen Akteure eint die Ansicht, dass das, was sie gern als *unsere Werte, unsere Freiheit und unseren Lebensstil* bezeichnen, völlig unverhandelbar ist, unter gar keinen Umständen zur Diskussion steht und – ob nachhaltig oder nicht – um jeden Preis verteidigt werden muss.

Die wohlhabenden Konsumgesellschaften des globalen Nordens sind also nicht aus Versehen, und als ungewollte Nebenwirkung nicht-nachhaltig, sondern mit mehr oder weniger vollem Bewusstsein. Zwar bekennen sich große Mehrheiten unserer Gesellschaften allenthalben zu Idealen der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie und Inklusion. Gleichzeitig gibt es aber einen breiten gesellschaftlichen Verteidigungskonsens, der die

Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit trägt und sichert, auch wenn sie gegen diese Ideale der Gerechtigkeit, Demokratie und Inklusion ganz offensichtlich, systematisch und radikal verstößt. Um diese These auszuführen, will ich zunächst die Merkmale der modernen *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit* umreißen. Daran anschließend werde ich zu der These zurückkommen, dass die Corona-Pandemie die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit wohl eher noch weiter befestigen wird, als dass sie als ein Impuls für eine sozial-ökologische Transformation wirkt.

Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit

Der Ausgangspunkt für diese Gesellschaftsdiagnose ist die Feststellung einer mehrfachen Nicht-Nachhaltigkeits- oder Unhaltbarkeitskrise. Die modernen Gesellschaften des globalen Nordens sind in mehrfacher Hinsicht mit der Unhaltbarkeit ihrer etablierten gesellschaftlichen Ordnung konfrontiert. Mit an vorderster Stelle manifestiert sich ihre Unhaltbarkeitskrise in der wachsenden Instabilität der kapitalistischen Wachstumswirtschaft, die sich spätestens mit der Banken- und Finanzkrise als unhaltbar erwiesen hatte und die seither durch massive Interventionen wie etwa die Zins-

politik und Anleihenankäufe der EZB künstlich am Leben gehalten wird. Sozial betrachtet liegt die offensichtliche Unhaltbarkeit in der steigenden sozialen Ungleichheit und Exklusion, sowie in der immer unüberwindbareren Spaltung und Polarisierung moderner Gesellschaften. Aus ökologischer Perspektive zeigt sich die grundlegende Krise im Überschreiten planetarischer Grenzen und der irreparablen Destabilisierung bio-physischer Systeme, die Geowissenschaftler inzwischen sogar dazu veranlasst, von einem neuen erdgeschichtlichen Zeitalter, dem Anthropozän zu sprechen.

Politisch gesehen zeigt sich die Unhaltbarkeit der etablierten Ordnung im Niedergang der liberalen Demokratie. Selbst in den etabliertesten Stammländern der Demokratie beobachten wir eine inzwischen unübersehbare *autokratischen Wende* und *eine Flucht ins Autoritäre*, die nicht etwa nur Rechtspopulisten betrifft, sondern eine Vielzahl sehr verschiedener gesellschaftlicher Akteure, die aus ihren je eigenen Gründen ein höchst ambivalentes Verhältnis zur Demokratie entwickelt haben. Und kulturell betrachtet manifestiert sich die Unhaltbarkeitskrise im Zerfall der normativen Grundlagen auf denen moderne Gesellschaften beruhen, oder konkreter: im Zerfall der Werte

und Ideale der europäischen Aufklärung und des Humanismus. Sie werden unter anderem durch eine *kulturelle* Revolution ausgezehrt, die ich als *Emanzipation zweiter Ordnung* bezeichnet habe, aber seit der Jahrtausendwende auch durch eine *technologische* Revolution, nämlich die Digitalisierung, die die aufklärerische und humanistische Tradition in grundlegender Art und Weise auflöst und ablöst.

Angesichts dieser mehrfachen und im Wesentlichen auch unstrittigen Unhaltbarkeit der etablierten Ordnung moderner Gesellschaften betonen Umweltbewegungen und Nachhaltigkeitswissenschaftler bereits seit Jahrzehnten, weiterzumachen wie bisher sei keine Option, denn das habe unvermeidlich katastrophale Konsequenzen. Sie betonen das in guter, mobilisierender Absicht – und das mindestens schon seit den 1970er Jahren, als Erhard Eppler ein kleines Büchlein schrieb, das den Titel *Wende oder Ende* trug. Sie begehen damit aber einen Irrtum, der sowohl sozialwissenschaftlich als auch nachhaltigkeitspolitisch fatal ist, und der eigentlich ähnlich schwerwiegend ist, wie das rechtspopulistische Leugnen des Klimawandels oder der Gefährlichkeit des COVID-19 Virus. Denn *weiterzumachen wie bisher* ist sehr wohl eine Option! Genau genommen ist *Weiter so* nicht nur

eine *Option*, sondern das *Prioritätsprojekt*, das moderne Gesellschaften mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit betreiben, und zwar mit der ausdrücklichen Ansage *koste es, was es wolle*. Denn *unsere Freiheit, unsere Werte und unser Lebensstil* sind zwar bekanntermaßen nicht nachhaltig, aber sie sind eine emanzipatorische Errungenschaft und stehen deswegen nicht zur Diskussion. Gerade das ist auch das entscheidende Merkmal der *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit*.

- Sie verfügt über ein umfassendes Wissen und ein detaillierteres Verständnis von ihrer mehrfachen Unhaltbarkeit denn je;
- die Information über die Ursachen, Auswirkungen und Entwicklungstrends dieser Unhaltbarkeit ist breiter und leichter verfügbar denn je;
- ihr mehrfaches Unhaltbarkeitsdilemma wird auch breiter und intensiver gesellschaftlich debattiert denn je;
- trotzdem werden die wesentlichen Prinzipien der bestehenden Ordnung aber ausdrücklich und entschieden verteidigt, und
- moderne Gesellschaften finden verlässlich Mittel und Wege, sich mit den in der Tat radikalen Konsequenzen dieser Praxis zu arrangieren.

Corona als Zünder für die sozial-ökologische Transformation

Diese Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit wurde zu Beginn dieses Jahres nun also vom Corona-Virus überrascht. Umwelt- und nachhaltigkeitsbewegte Kommentatoren reagierten auf die Pandemie zunächst genau so, wie sie bereits auf die Banken- und Finanzkrise seit 2008, auf die Flüchtlingskrise ab 2015, auf die *Fridays for Future* Bewegung oder auf die Erklärung des Klimanotstandes im November 2019 reagiert hatten, und wie sie auf derartige Ereignisse mit vorhersagbarer Regelmäßigkeit immer reagieren: nämlich indem sie prophezeiten, *jetzt würde alles anders* und der Corona-Notstand sei die einmalige Chance, nun endlich, die sozial-ökologische Transformation einzuleiten.

Von einer *historischen Zäsur* war da schnell die Rede, von einer *neuen Welt nach Corona*, einer *Generation Corona* und der *Corona-Gesellschaft*. Solche Hoffnungen schienen insofern nicht ganz unbegründet, als sich im unmittelbaren Vorfeld der Corona-Pandemie – was den gesellschaftlichen Diskurs anbetrifft – ganz außergewöhnlich günstige Bedingungen für eine sozial-ökologische Transformation ergeben hatten: Denn 2019 war ein Jahr

klimapolitischer Mobilisierung gewesen, die kaum größer hätte sein können. Verheerende Hitzewellen und Dürreperioden, riesige Waldbrände in Brasilien, Kanada, Sibirien, Grönland und zuletzt die katastrophalen Brände in Australien hatten das Klimathema aktueller als jemals zuvor gemacht und es konstant in den Schlagzeilen der medialen Berichterstattung gehalten. Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung hatten unzählige Schüler*innen und Jugendliche politisiert, denen noch gerade nachgesagt worden war, politisch desinteressiert und apathisch zu sein. Diese jungen Aktivist*innen hatten schneller denn je und bis an die höchsten politischen Stellen Gehör gefunden.

In dieser Konstellation hätte man tatsächlich glauben können, dass die Corona-Pandemie gewissermaßen als Zünder wirkt, der eine wirklich transformative Dynamik in Gang setzt. Und das galt umso mehr als das Virus eine radikale Denormalisierung des Alltäglichen mit sich brachte und zu einer Neuverhandlung vieler Glaubenssätze Gelegenheit gab, die lange für unantastbar gehalten worden waren. Nationale Regierungen zeigten nun plötzlich eine überraschende Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit, die man in ausdifferenzierten und internationalisierten

Gesellschaften kaum noch für möglich gehalten hatte. Die Politik beanspruchte klare Priorität über die sogenannten *Imperative* des Marktes, die noch kurz zuvor als alternativlos gegolten hatten. Über Nacht zerfiel auch die Ideologie der individuellen Selbstverantwortlichkeit und des schlanken Staates. Von allen Seiten wurden nun staatlicher Schutz und Fürsorge erwartet, und die Ära des Neoliberalismus, der schon seit der Bankenkrise deutlich angeschlagen war, schien nun endgültig vorüber. Schon allein das, also die Wiederentdeckung der Politik, weckte Hoffnungen auf eine neue Politik der Nachhaltigkeit.

Hinzu kam, dass die Pandemie genau die kulturellen Ressourcen zu reproduzieren schien, die der Neoliberalismus und die *Emanzipation zweiter Ordnung* so gefährlich ausgezehrt hatten. Das Virus stellte bei den politischen Parteien die Konsens- und Kooperationsfähigkeit wieder her, und anders als in der Banken- und Finanzkrise bemühten sich Regierungen ausdrücklich, mit ihren Hilfsprogrammen *alle* Teile der Gesellschaft zu unterstützen und *niemanden zurückzulassen*. Ebenso übten auch die Bürger den Schulterchluss: Das neuartige Virus rekonstituierte die Risikogemeinschaft und Solidarität, die zuvor weitgehend zerfallen waren. Es sorgte für die Wiederentdeckung

des Gemeinwohls. Persönliche Freiheiten und die Bedeutung des Privaten verloren plötzlich an relativem Gewicht. Selbstbeschränkung und Selbstdisziplin im Interesse der Gemeinschaft wurden wieder zur Selbstverständlichkeit. Berufsgruppen, die vorher nur wenig beachtet und kaum angemessen gewürdigt worden waren, wurden plötzlich als *systemrelevant* erkannt und beklatscht. Für einen Moment eröffnete die Pandemie eine Perspektive für eine Erneuerung der solidarischen Gesellschaft, die nicht nur *ein gutes Leben für alle* ermöglichen, sondern vielleicht auch die Freiheit, Würde und Rechte der Natur anerkennen würde.

Corona als Befestigung des Verteidigungskonsenses

Inzwischen schauen wir – zumindest hier in Europa – mit großer Erleichterung auf die vorerst schlimmste Phase der Pandemie zurück. Und nun wird klar erkennbar: Die scheinbar günstigen Ausgangsbedingungen von vor der Pandemie haben sich in Wohlgefallen aufgelöst. Von der neuen Klimabewegung und von den erstarkten Grünen gehen kaum noch nennenswerte politische Impulse aus. Der Klimanotstand, den das Europäische Parlament ausgerufen hatte, ist zur Nebensächlichkeit geworden. Das

neue Wir-Gefühl und die kurzzeitige Besinnung auf das Gemeinwohl, die in der Frühphase der Pandemie zu beobachten waren, sind längst wieder zerfallen. Auch die Solidarität mit den *Systemrelevanten*, die man nun angemessen hatte würdigen und bezahlen wollen, hat sich verflüchtigt. Stattdessen hat man sich erinnert, dass der prekarierte und flexibilisierte Niedriglohnsektor ja nicht zufällig und gleichsam *aus Versehen* entstanden waren, sondern gezielt geschaffen worden waren, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Profitabilität des Systems zu sichern, und *unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil*. Denn Unterbezahlung, Ausbeutung, Ungleichheit und Exklusion sind für das System sowie für diese Freiheit, diese Werte und diesen Lebensstil eben unverzichtbar. Sie sind nicht weniger *systemrelevant* als die Berufsgruppen, die in der frühen Phase der Pandemie so bezeichnet wurden.

Entsprechend war es auch nicht verwunderlich, dass, als die unmittelbare Bedrohung nicht mehr so akut schien, von einer umfassenden sozial-ökologische Wende kaum noch die Rede war, sondern vor allem eine möglichst unverzügliche und vollständige Rückkehr zur Normalität zur obersten Priorität wurde – zu *unserer Freiheit, unseren Werten und unserem Lebensstil*, die

nachhaltigkeitspolitisch gesehen genau das Problem sind.

Ökologisch gesehen hatte die Pandemie insofern positive Effekte, als sie zu einem temporären Rückgang der Emissionen, des Konsums oder etwa des Tourismus geführt hat. Zudem haben die inzwischen beschlossenen Konjunkturpakete in einigen Ländern auch klima- und nachhaltigkeitspolitische Komponenten. Doch in der Hauptsache zielen diese beispiellosen Maßnahmen auf die Konsum- und Wachstumsförderung und machen damit eine ökologische Transformation auch weiterhin höchst unwahrscheinlich.

Sozial betrachtet hat die Pandemie die Tendenz zu immer größerer Ungleichheit weiter bestärkt. Selbst in Ländern, wo die Regierungen umfassende Hilfsprogramme für praktisch alle Teile der Gesellschaft aufgelegt haben, waren vor dem Virus keineswegs alle Bürger gleich. Doch die Solidarität mit den *systemrelevanten* Gruppen – die übrigens von Anfang an höchst utilitaristisch und selektiv war – ist weitgehend verpufft. Soziale Umverteilung oder ökologische Besteuerung spielen in den Konjunkturprogrammen nach Corona keine nennenswerte Rolle mehr. Wachstum und Konsum hingegen werden mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit gefördert, und zwar mehr denn je

nach dem ausdrücklichen Prinzip: *koste es, was es wolle*.

Das alles bestätigt die Diagnose von der *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit* auf höchst ernüchternde Art und Weise. In gewisser Hinsicht kam Corona für diese Gesellschaft sogar – ein Gedanke, den man kaum aussprechen mag, weil er so zynisch erscheint – wie ein *Geschenk des Himmels*. Denn die Pandemie schuf die einmalige Gelegenheit, geradezu die unbedingte Verpflichtung, noch einmal unvorstellbare Summen in die Stabilisierung der Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit zu investieren, die Gegenwart noch einmal mit einer unvorstellbar großen Hypothek auf die Zukunft und auf die jüngere Generation zu stabilisieren – und all das mit einer Rechtfertigung, gegen die man nur sehr schwer Einspruch erheben kann. Wolfgang Streeck hat vor einigen Jahren in seinem Buch *Gekaufte Zeit* gezeigt, wie der demokratische Kapitalismus, der im Prinzip schon in den 1970er Jahren deutlich angeschlagen war, seither durch immer neue Hypotheken auf die Zukunft in seiner Lebensdauer verlängert wurde. Für die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit bringt die Corona Pandemie in genau diesem Sinne eine weitere Periode *gekaufter Zeit*. Nachdem die bereits seit Jahren anhaltende Niedrigzins- und Geldpolitik der EZB

zunehmend kritisiert worden war und völlig unklar war, wie die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit zukünftig weiter stabilisiert werden könnte, kam die Corona Pandemie tatsächlich wie ein Geschenk des Himmels. Weiter so, um jeden Preis.

Rückblickend wird Corona vielleicht tatsächlich einmal als historische Zäsur und als Eingangstor zu einer

neuen Gesellschaft gesehen werden: Nicht einer sozial-ökologisch transformierten, sondern einer Gesellschaft, die zur Sicherung *unserer Freiheit, unserer Werte und unseres Lebensstils* das aufklärerische Ideal einer sozial und ökologisch befriedeten Weltgesellschaft und *eines guten Lebens für alle* endgültig aufgegeben hat.

Ingolfur Blühdorn ist Professor für soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, der Wandel moderner Demokratien und umweltpolitische Theorie. Zu den wichtigsten deutschsprachigen Publikationen gehören »Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende« (Suhrkamp 2013) und »Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet« (Transcript 2020).

Flüchtlingslager evakuieren!

Die Corona-Krise als Menschenrechtskrise

Benedikt Kern

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie scheint die Welt eine andere zu sein. In besonderer Weise haben Geflüchtete die massiven Konsequenzen der Corona-Krise zu tragen und die seit langem inhumane Situation spitzt sich derzeit weiter zu.

Hotspots der Unmenschlichkeit

Bereits vor der Corona-Krise wurden die Bedingungen in den Flüchtlingslagern in Griechenland immer katastrophaler. Die griechische Regierung reduzierte Anfang des Jahres die Anzahl der durchgeführten Asylverfahren und ließ die Menschen die Lager an der Außengrenze, wie Europas größtes Lager Moria auf der Insel Lesbos, nicht verlassen.

Die Folgen für über Tausende Geflüchtete sind, dass Kinder, Schwangere oder Personen mit Beeinträchtigungen ohne notwendige Versorgung festgehalten werden und ihrer Perspektivlosigkeit ausgesetzt sind. In und um das Lager Moria, mit seiner offiziellen Aufnahmekapazität

von 2.757 Personen, harren derzeit knapp 15.300 Menschen in Zelten, unter Planen und unter freiem Himmel aus. Hilfsorganisationen und das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) fordern seit Jahren, dass das Lager aufgelöst wird und die Menschen in humane Unterkünfte gebracht werden. Auch wenn im Monat Juni insgesamt 1900 Menschen aufs griechische Festland gebracht wurden, ist die Situation nach wie vor angespannt. Hinzukommt, dass Anfang des Jahres aus ganz Europa angereiste faschistische Schlägertrupps Geflüchtete und Unterstützer*innen in der Öffentlichkeit angriffen und so ein Klima der Angst und Verzweiflung anheizten.

In einem Bericht des griechischen Flüchtlingsrates vom Juli 2020 wird

die Erfahrung von Rawan, die mit ihren beiden kleinen Kindern von Afghanistan nach Griechenland kam und nun in Moria leben muss, dokumentiert: Über sechs Monate lebte sie in einem der Zelte im überfüllten Lager. Toiletten oder fließendes Wasser waren nicht immer zugänglich. Die Situation in Moria habe ihr Angst gemacht, die Menschen seien nicht geschützt worden. Während der Corona-Pandemie konnten die Hände nicht gewaschen werden, in der langen Schlange vor der Essensausgabe gab es keine Abstände, klagt Rawan. In dem Lager kommt ein Wasserhahn auf 1300 Personen, Seife zum Händewaschen ist nicht erhältlich und es gibt keine Möglichkeit, räumliche Distanz zu wahren.

Am 16. März 2020 kam durch einen Brand in Moria ein sechsjähriges Mädchen ums Leben, woraufhin international eine Evakuierung des Lagers gefordert wurde, so auch vom evangelischen Bischof Christian Stäblein und dem Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki. Ein breiter kirchlicher Aufschrei in der Öffentlichkeit angesichts dieser Situation blieb jedoch leider aus.

„Die EU und Griechenland haben die politische Entscheidung getroffen, das Leben und die Zukunft von den Menschen zu gefährden, die ihren Schutz benötigen“, sagt

Evelien van Roemburg von der Hilfsorganisation Oxfam. Sie wirft der EU außerdem vor, das griechische Asylsystem als Testobjekt für eine bevorstehende Migrationspolitik zu missbrauchen.

Die griechischen Flüchtlingslager sind Hotspots der Unmenschlichkeit und Moria ist zum erschütternden Symbol der europäischen Abschottungspolitik geworden.

Lager in Deutschland

Doch auch in den deutschen Flüchtlingslagern ist während der Corona-Krise die Situation katastrophal für die Betroffenen, die verpflichtet sind, dort zu leben. Der Schutz und das Recht auf Gesundheit wird den Menschen hinter den Mauern der Anker-Zentren in Bayern oder der Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in NRW vorenthalten: Es gibt eine Unterbringung in Sechsbettzimmern, geteilte Toiletten und Duschen von bis zu 50 Personen und Infektionsketten sind vorprogrammiert. Entsprechend kam es zu Covid-19-Fällen und in NRW wurden sieben dieser großen Lager über Wochen unter Quarantäne gestellt, anstatt die Menschen zu verteilen in kleinen Einheiten außerhalb eines geschlossenen Lagers. Sondereinsatzkräfte der Polizei sorgten beispielsweise

in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) und Ellwangen (Bayern) dafür, dass niemand mehr raus und rein kam.

Betroffene erzählen, dass sich Infizierte und nicht-Infizierte weiterhin dasselbe Mehrbettzimmer teilen müssen. Neben den körperlichen Risiken und den ohnehin verbreiteten seelischen Verletzungen in Sammeleinrichtungen warnte zuletzt eine medizinische Studie der Uni Bielefeld vor „schweren psychosozialen Folgen“ für die Betroffenen. Die Studie stuft das Konzept der Abriegelung auch aus ethischer Perspektive als „hoch problematisch“ ein.

Man kann sagen, dass hier nach einem Zwei-Klassen-Prinzip vorgegangen wird: Der Schutz der Bevölkerung hat für Geflüchtete nicht zu gelten. Diese staatlich verordnete Menschenansammlung eines Lagers, die den Hygienebestimmungen desselben Staates diametral widerspricht, ist skandalös und muss als systematische Entrechtungs politik verstanden und benannt werden.

Sowohl die Situation an den europäischen Außengrenzen wie in Moria als auch in den Lagern bei uns lassen einen voranschreitenden Prozess der autoritären Formierung erkennen. Sowohl die Abschottung nach außen, als auch die Entrech-

tung nach innen sind Prozesse, die eine wirkliche Demokratie fundamental verunmöglichen. Diese Zustände sind Ausdruck

der gewaltförmigen Verhältnisse, in denen wir alle leben. Die autoritäre Formierung wird vorangetrieben, indem außergewöhnliche Bedrohungen heraufbeschworen werden und sodann eine harte law-and-order-Politik Legitimation bekommt. Der Ausnahmezustand wird autoritär erprobt an denjenigen ohne politische Stimme.

#LeaveNoOneBehind – Solidarität statt Entrechtung

So ist also nicht die Corona-Krise zuallererst der Ausnahmezustand, sondern die Bedingung der Möglichkeit dieser Krise ist unsere kapitalistische, autoritäre und rassistische Gesellschaftsform. Diese gilt es vor allem zu überwinden. Deswegen ist der Einsatz für die Rechte von Geflüchteten, gegen die EU-Abschottungspolitik und die Isolation in Lagern so wichtig – auch um die Gesellschaft als Ganzes zu verändern.

Während der letzten Monate haben wir uns mit dem Institut für Theologie und Politik an der Kampagne #LeaveNoOneBehind zum Schutze Geflüchteter in Griechenland und

hier engagiert und den Zusammenhang mit den beunruhigenden gesellschaftlichen Veränderungen im Schatten der Corona-Krise aufgezeigt. Es bleibt nun aus unserer Sicht weiter notwendig, Bündnisse zu organisieren, die öffentlich Druck ausüben können und kreative Formen

des Flüchtlings schutzes, wie das Kirchenasyl und das Bürger*innenasyl weiterzuentwickeln – um dieser autoritären Formierung und dem Ausverkauf der Menschenrechte durch die staatlich betriebene Inhumanität unsere Solidarität entgegenzusetzen zu können.

Quellen:

<https://50jahre.uni-bielefeld.de/2020/05/29/corona-hohes-risiko-fuer-gefluechtete-in-sammelunterkuenften/>

https://pub.uni-bielefeld.de/download/2943665/2943668/FactSheet_PH-Network-Covid19_Aufnahmeinrichtungen_v1_inkl_ANNEX.pdf

<https://www.medico.de/blog/operation-gelungen-patient-unfrei-17689/>

<https://www.griechenland.net/nachrichten/politik/27497-heftige-kritik-am-griechischen-asyssystem>

*Benedikt Kern, Jahrgang 1988, kath. Theologe, Mitarbeiter am Institut für Theologie und Politik in Münster (ITP), er berät und organisiert in NRW Kirchenasyle und engagiert sich in der Initiative für Bürger*innenasyl.*

Corona und die Kirche

Ferdinand Kerstiens

J.B. Metz hat einmal gesagt: Die Kurzform für Religion heißt „Unterbrechung“. In den folgenden Überlegungen geht es um die Unterbrechung, die das Corona-Virus für die Kirche bedeutet, genauer für die katholische Kirche in Deutschland.

Von jetzt auf gleich wurden öffentliche Gottesdienste verboten. Dass die Kirche sich diesem Verbot fügte, hat ihr manche Kritik eingebracht. Religionsfreiheit dürfe nicht durch staatliche Verbote eingeschränkt werden. Das ging bis zu abstrusen Ideen: Im Gottesdienst und bei der Kommunion könne man sich nicht anstecken, da davon heilende Kräfte ausgingen. Das Gegenteil wurde leider deutlich: Mehrere Gottes-

dienste unterschiedlicher Kirchen wurden zu Hotspots der Pandemie. Die beiden großen Kirchen stellten sich aber ihrer Verantwortung für das Leben der Menschen und verboten öffentliche Gottesdienste. Das bedeutete einen großen Bruch im kirchlichen Leben. Wie damit umgehen?

Schon bald gab es in den Gemeinden virtuelle Gottesdienste: der Priester feierte die Messe allein oder mit ein paar Helfer*innen. Manchmal kommunizierte er alleine. Das wurde dann übertragen und konnte von den Gläubigen im Internet mitverfolgt werden. Doch kann man so auch mitfeiern? „Virtuelle Frömmigkeit“ – geht das? Vielfach wurde dann von der „geistlichen Kommunion“ gesprochen, die man ja vollziehen könne.

Das war alles gut gemeint, doch es reproduzierte ein Mess-Verständ-

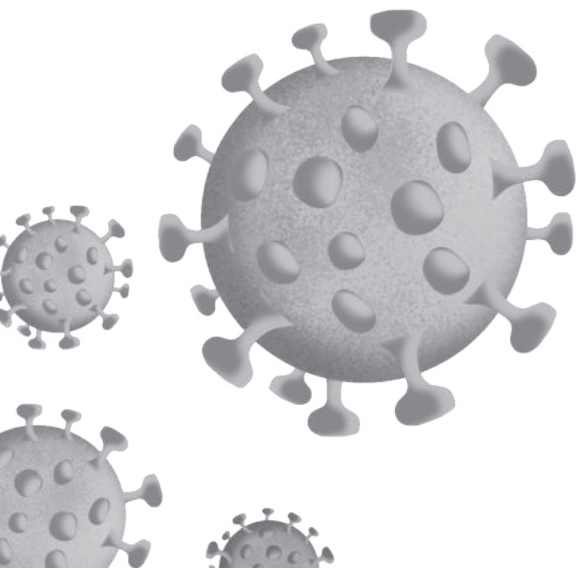
nis reduziert auf den Ritus, auf den die Messe feiernden Priester, auf die Wandlungsvollmacht. Es reproduzierte das vorkonziliare Mess-Verständnis vergangener Jahrhunderte. Frauen, die sonst die Mehrzahl der Mitfeiernden stellen, kamen nicht vor. Gemeinde kam nicht vor. Das bedeutete eine für das heutige Eucharistieverständnis gefährliche klerikale Reduktion. Das wurde exemplarisch deutlich, wenn Priester mit der Monstranz einsam durch die Straßen zogen und die Menschen segnen wollten. Das wirkte wie eine Materialisation der heilenden Gegenwart Gottes. Viele Gläubige konnten damit nichts anfangen, ich auch nicht. Zumal die Übertragungen verständlicherweise oft sehr dilettantisch waren mit starrer Camara auf den Priester gerichtet. Konnte man so auch die Kartage und Ostern feiern?

Dann wurden wieder öffentliche Gottesdienste unter Corona-Bedingungen erlaubt: beschränkte Zahl, persönliche Anmeldung, Mundschutz, Anwesenheitsliste, Abstand, Handschuhe, Desinfektionsmittel, kein gemeinsamer Gesang, Kunststoff-Schutzschilde, Zange bei der Kommunion... Wer überwacht das alles? Was geschieht, wenn zu viele kommen? Wie ist das bei Verstößen gegen die Regeln? Bischof Gerhard Feige von Magdeburg sprach in mehreren Interviews von „aus-

grenzenden“ Bedingungen, nur die „Starken und Gesunden“ könnten kommen, nicht die „Kranken und Schwachen“. Er fragt, ob solche Feiern wirklich „den Glauben fördern“ oder ob sie zum „Krampf“ werden. So verbot er zunächst solche „sonderbaren Liturgiefeiern“ und sprach von einem „Pyrrhussieg“. Auch in unserer Diözese wurde den Mitgliedern der Risiko-Gruppen geraten, nicht zu den Eucharistiefeiern zu gehen. Doch gerade diese „Risiko-Gruppen“ waren vor Corona die Mehrzahl der Mitfeiernden.

Manche Gemeinden gingen sofort in die Vollen. Da nur eine begrenzte Anzahl von Gläubigen zugelassen werden konnte, wurden mancherorts zusätzliche Messen eingerichtet. Doch die Enttäuschung vieler Pfarrer und Gemeinden folgte auf dem Fuße: Fast überall wurde die zugelassene Zahl nicht erreicht. Man feierte wieder in fast leeren Kirchen. Das mag daran liegen, dass manche Ältere noch Angst vor Ansteckung haben. Doch ich denke, der Bruch geht tiefer.

Ein guter Freund ging regelmäßig am Sonntag in die Messe, weil er sich der Gemeinde zugehörig fühlte, auch wenn er von Messgestaltung/Predigt sehr enttäuscht war. Er wurde krank und konnte ein halbes Jahr nicht in den Gottesdienst gehen. Sein erstauntes Fazit: „Ich habe



eigentlich nichts vermisst.“ Das bestätigt eine internationale ökumenische Studie „Contoc“, die bis Mitte Juli läuft. Uwe Beck, Pastoraltheologie in Frankfurt, St. Georgen, Mitglied des Forschungsteams, resümiert erste Ergebnisse (Domradio 18.6.2020): „Es sei geradezu naiv zu denken, man könne nach der Krise in den Zustand vom Januar zurückkehren... Die Sehnsucht nach der Wiederaufnahme der Gottesdienste ist nicht so stark ausgeprägt, wie das vielleicht vor der Krise erwartet worden wäre.“ Warum wohl? Aufgrund vieler Gespräche wage ich eine Antwort: Weil wie unser kranker Freund vorher viele jetzt in der erzwungenen Gottesdienstabstinenz gemerkt haben, dass ihnen eigentlich solche normalen Sonntagsgottesdienste nicht gefehlt haben, um ihren Glauben zu leben. Die Gründe mögen sehr unterschiedlich sein. Vielen ist klar geworden: dieser gewohnte, aber fremde Ritus hat mich nicht mehr berührt. Ich kam mit meinen Fragen im Glauben nicht mehr im Gottesdienst vor. Die Predigt ging an mir vorbei. Die Gottesdienstsprache erschöpfte sich in abgenutzten Formeln. Interessant die Bemerkung einiger: Das Zusammenstehen mit den anderen, das Erzählen und Quatschen hinterher auf dem Kirchplatz – das hat mir gefehlt, also die Kommunikation nach der Kommunion. Vielleicht sind ja auch die meisten

Kirchenräume nicht geeignet für kommunikativere Gottesdienstformen. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie morsch und menschenfremd unsere Gottesdienste waren. Dahin gibt es kein zurück.

Übrigens: Auch vor Corona machten manche Kirchen bei ihren Gottesdiensten denselben Eindruck: Wenige, hauptsächlich ältere Leute jeweils mit möglichst weitem Abstand in der Kirche verstreut, meist in den hinteren Bänken. Beim Friedensgruß musste man durch Bänke robben, um die nächsten Mitfeiernden zu erreichen. Also nichts Neues? Doch, diese Zeit hat eine Wunde sichtbar werden lassen: Die Gottesdienste, wie sie häufig gefeiert werden, sind leer geworden und stärken uns oft nicht mehr in unserem Glauben.

Doch Uwe Beck warnt vor „Alarismus“. Er weist auf neue Formen des Gottesdienstes hin. „Viele Christen suchten inzwischen neue Wege, Orte und Verbindungen und lernten, dass sie durch die Online-Möglichkeiten nicht mehr zwingend an ihre Gemeinde vor Ort oder gar an ihre Konfession gebunden seien.“ Das gilt z.B. auch für das Fernsehen. Die Übertragung des Papstsegens vor Palmsonntag hat viele bewegt, unabhängig von Konfession und Religion: Der einsame alte Mann, die weiße

Gestalt mit mühsamen Schritten auf dem dunklen Petersplatz, seine fragenden, ermutigenden Worte, seine Begrüßung von Pestkreuz und Madonnen-Ikone: Das bewegte. Nach meinem Eindruck haben auch die Fernsehgottesdienste im ZDF an Bedeutung für manche gewonnen. Dabei kamen die evangelischen Gottesdienste besser weg als die katholischen, weil sie freier und kommunikativer gestaltet wurden, näher an den Menschen.

Doch es entwickelten sich auch freie Formen von neuen Gottesdiensten: Maria 2.0 oder die kfd laden zu regelmäßigen eigenverantwortlich gestalteten Gottesdiensten ein. Frauen fordern ihren Platz in der Kirche und ihren Ämtern. Vielfach werden Gemeinden von Frauen geleitet. Wenn sie nicht ernst genommen werden, bleiben sie weg. Im Wendland gibt es schon lange wöchentliche Gottesdienste zur Erhaltung der Schöpfung und gegen die Atomenergie und ihre Abfälle, die dort gelagert werden sollen, so wie in Büchel der kirchliche Aktionstag gegen die Atomwaffen. www.onlinekirche.net bietet Gottesdienste mit live-Beiträgen. Doch es entwickeln sich auch spontane Gottesdienstgruppen in Nachbarschafts- und Freundeskreisen, Gruppen um Bildungseinrichtungen und Klöstern, wie auch immer. Paare oder Familien treffen sich zum

Wochenende, um sich gegenseitig die Schriftstellen vorzulesen und darüber zu sprechen. Da können viele erreicht werden, die mit den traditionellen Messen nichts mehr anfangen können. Wenn Gruppen miteinander 1 Kor 11,23-25 lesen: „Ich habe vom Herrn empfangen, was ich euch überliefert habe. (dann folgt der älteste Einsetzungsbericht, der endet:) Tut dies zu meinem Gedächtnis!“ und die Gruppe tut dies: Ist das kein Herrenmahl, keine Eucharistiefeier? Paulus hat das Vermächtnis der Gemeinde übergeben, nicht einer Priesterkaste. Das allgemeine Priestertum wird neu entdeckt und in vielen Formen gelebt. Da ist Kreativität gefragt, Fantasie, Staunen, persönliche Frömmigkeit, Eigenverantwortung und Glauben: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“ (Mt 18.20)

Thomás Halík schrieb schon am 1.4.2020 in „Christ und Welt“ in der „Zeit“, dass die leeren Kirchen zur Fastenzeit vielleicht ein Bild der Zukunft seien, aber auch ein Bild des leeren Grabes, weil der Tote inzwischen auferstanden ist, auferstanden in eine neue Welt hinein. Dort wird er erst von den Seinen gar nicht erkannt. Halík erinnert an das Wort aus der Offenbarung (3,20): „Siehe ich stehe vor der Türe und klopfe an...“; und schreibt: „Heute klopft

jedoch Christus aus dem Innern der Kirche und will hinausgehen. Vielleicht hat er das gerade getan.“ „Er ist nicht hier.“ (Mt 28,6) heißt es am leeren Grab. Heißt es auch so in den leeren Kirchen? Es gibt keine „Rückkehr in eine Welt, die es nicht mehr gibt“. So müssen wir ihn draußen suchen, draußen bei den Suchenden und Fragenden, bei den Unsicheren und Traurigen, bei dem Armen und Schwachen.

Wir dürfen auch nicht bei den Fragen, bei der „Unterbrechung“, die die Corona-Krise bedeutet, wie das mit den Gottesdiensten weiter geht, stehen bleiben. Es geht um die Zukunft der Kirche in Deutschland. Auch da ist Neues entstanden: Nachbarschaftsdienste über die Grenzen von Generationen, Konfessionen und Religionen hinweg, neue Achtsamkeit auf den Nächsten und dessen Not, nahe bei den Menschen und ihren Fragen, neue künstlerische Formen. Birgt das nicht auch neue Möglichkeiten für kirchliche Gemeinden und Gruppen? Frauen müssen endlich den ihnen zustehenden gleichen Platz in der Kirche, ihren Leitungsstrukturen und Ämtern finden. Ihr Ausschluss ist nicht weiter zu verantworten. Die männliche Hierarchie hat keine Zukunft. „Heilige Herrschaft“ ist gegen die Worte Jesu und wird von den Gläubigen nicht mehr akzeptiert, ebenso wenig wie die pure Dogma-

tik, wie Kardinal Müller sie vertritt. Wir sind Suchende, Glaubende auf dem Weg. Papst Franziskus weist vielfach in die richtige Richtung, doch fehlen neue Strukturen, die helfen, die Menschenfreundlichkeit Jesu heute zu leben. Dabei geht es nicht um ein freundschaftliches Geben, sondern um gesellschaftliche Diakonie, um Menschenwürde für alle, Freiheit und um Gerechtigkeit für die Opfer. Wird die Kirche die Unterbrechung, die Corona bedeutet, nutzen?

Werden die Erfahrungen der Corona-Zeit in eine „neue Normalität“ weiterführen oder geht die Entwicklung zu einem nur scheinbar bequemen Zurück wie früher? Diese Fragen gelten nicht nur der Kirche, sondern unserer ganzen Gesellschaft, unserer Wirtschaft und Politik. In den letzten Wochen hörten wir, dass im fernen Sibirien der Permafrost auftaut und Industrieanlagen und Öltürme ins Wanken bringt, da die Fundamente nicht mehr tragen. Ich sehe darin ein Bild unserer Zeit: Die Fundamente unserer Weltgesellschaft, der Globalisierung, der „Strukturen, die die Reichen immer reicher machen auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden“ (Lateinamerikanische Bischofskonferenz von Puebla, Nr. 30 1979!) zerbröseln und sind nicht mehr tragfähig für die Zukunft. Das spüren angesichts

Corona inzwischen auch die Mächtigen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Da ist keine Zeit mehr für die Machtdogmatiker der alten Schule. Militärpolitik und Stellvertreterkriege zerstören nur, töten Menschen und verbrauchen die Ressourcen, die für die Menschen gebraucht werden. Die Steigerung des Brutto sozialproduktes wird die Welt nicht gerechter machen. Wo sind die Ideen, wo sind die Menschen,

die die Corona-Unterbrechung der scheinbaren Selbstverständlichkeiten unserer Welt wahrnehmen und neue Wege, wirtschaftlich, sozial, ökologisch, menschenfreundlich anbahnen und gehen? Das muss von unten her geschehen. Die, die jetzt oben sind, haben daran kaum Interesse. Kirche kann diese neuen Wege nicht weisen, wohl aber sie begleiten und ermutigen.

„So gebe doch ein hörendes Herz, um zwischen Gut und Böse zu unterscheiden.“ (1 Könige 3,9)

Oder: Christlicher Glaube ist auch Gewaltanschauung

Klaus Hagedorn

der zum alten Modus zurückkehren. Diese Einschätzung ist falsch gewesen. Fest steht nur: Wir leben in unübersichtlichen, sehr schwierigen und bewegenden Zeiten – und leben derzeit nur „auf kurze Sicht“ – ins völlig Offene.

In der Bibel (1 Kön 3,5-12) hören wir davon, dass Gott den Salomo im Traum „auffordert“, eine Bitte zu äußern, einen Wunsch. Er will ihn testen, herausfinden, wes Geistes Kind Salomo ist. Gemäß dem Motto: „*Sage mir, worum du bittest, und ich sage dir, wer du bist.*“ Es gibt ja kindliche oder um das eigene Ich kreisende Bitten („*Lieber Gott, mache bitte, dass...*“), und es gibt Bitten, die sehr klar zum Ausdruck bringen, was de facto ist und was wirkt im Leben, und in denen Mann oder Frau in allem Eingebundensein

Die Corona-Pandemie hat unsere Erde voll im Griff. Menschen rund um den Globus sind erkrankt bzw. erkrankten – ein Ende ist nicht in Sicht. Der Umgang mit Covid-19 legt den Blick frei auch für den Zustand unserer Zivilisation. Viele haben gedacht: Es wird eine kurzfristige Störung der gewöhnlichen Abläufe in unseren Gesellschaften geben – und dann werden wir wie-



und in allem Fehlen sich auch selbst erkennen. Auch Salomo weiß, was ihm fehlt, ihm, dem jungen König, dem Sohn und Nachfolger Davids, der seine Verantwortung spürt. Deshalb seine Antwort: „*So gebe deinem Untergebenen doch ein hörendes Herz, um in deinem Volk Recht zu sprechen und zwischen Gut und Böse zu unterscheiden.*“

„*Ein hörendes Herz, um zwischen Gut und Böse zu unterscheiden*“: Für mich bedeutet diese Bitte in diesen Corona-Zeiten auch eine Bitte um Kraft und Offenheit, mich dem zu stellen, was auf mich zukommt. In den vergangenen Monaten wurde ich hier auf die Probe gestellt und habe von vielen Kreuz-Erfahrungen und Gewalt-Erfahrungen Kenntnis bekommen. Oft habe ich meine eigene Sprachlosigkeit wahrnehmen müssen und bin sehr erschrocken über das, was an meine Ohren und vor meine Augen gekommen ist.

Wenn da jemand vor der drohenden Insolvenz steht und nicht weiß, wie er seine Schulden zurückzahlen soll, auch die Mieten, ohne Einnahmen verzeichnen zu können – auch wenn es finanzielle Hilfen seitens des Staates gibt... Oder wenn Corona in ein Familiensystem einschlägt und der Tod sich erfahrbar macht und Menschen sich nicht voneinander verabschieden konnten... Wenn Krankenpfleger*innen in ihrem

Dienst hautnah über Patientenkontakte mit Corona in Berührung kommen, in Quarantäne müssen, gleichzeitig ihre betagten Eltern zu pflegen haben... Wenn in Corona-Zeiten in Fleischfabriken Menschen ohne Sicherheitsabstand arbeiten müssen, ihre Virus-Infektion aus Angst vor Entlassung verschweigen... Wenn durch Corona existentielle Konflikte auf neue Weise hochkommen und sich nach vorne schieben... Das sind Kreuzerfahrungen – vor einiger Zeit so nicht vorstellbar.

Und dann die Corona-Gewalt in anderen Teilen unserer Erde, die an mein Ohr drang. Ich will davon berichten, damit bei allem auch der Blick über unseren Tellerrand nicht vergessen wird. Ich weiß, es tut weh, ist kaum auszuhalten; aber es ist trotzdem notwendig. Ich weiß, es ist schwer, wenn man selbst gerade ein Stück sicheren Boden unter den Füßen verliert.

Ich bekam von einem Freund eine E-Mail folgenden Inhalts: „*Ich war vorgestern in einem Minen-Slum in Johannesburg und gestern in Soweto. Auch in Suedafrika ist das Virus angekommen. Die Mine ist geschlossen. ... Die Angst der Menschen ist gross, die spaerlichen Tageseinkommen aus dem informellen Sektor sind ja nun urploetzlich weggebrochen und das fuer unbestimmte Zeit.*“

Der Shutdown wird vermutlich sehr vielen armen Menschen das Leben kosten ...!

Dann höre ich von Szenen in Favelas in Manaus und Sao Paulo in Brasilien, die wir uns nicht vorstellen können. Wie soll man einen Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten, wenn man in äußerst engen Gassen leben muss und mit sechs bis acht Personen in kleinen BlechHolzHütten? Wie soll man sich regelmäßig die Hände waschen, wenn es kein fließend Wasser gibt?

Was ist mit Mund- und Nasenschutz und Beatmungsgeräten? Wer kann diese im globalen Süden bezahlen? Bei uns kostet ein wiederverwertbarer Baumwoll-Mund-Nasenschutz EUR 5,99. Was, wenn nur 1 EUR/Tag/Person oder noch weniger zur Verfügung stehen? Oder eine Zahl, die mir vor einigen Wochen begegnete: Ein Land wie Malawi hat 30 Intensivbetten für 18 Millionen Einwohner.

Aus Guatemala höre ich aktuell, dass dieses kleine Land der drittgrößte Hotspot in Südamerika ist – nach Brasilien und Mexiko. Viele Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen sind gestorben an Corona; 550 neue Infektionen pro Tag – dieselbe Fallzahl wie bei uns – nur wir sind 80 Millionen Einwohner*innen. Der Shutdown hat dazu geführt, dass

die Menschen in Quiché hungern, wirklich hungern: die Wirtschaft ist zusammengebrochen: kaum Lebensmittellieferungen, auch weil die Menschen kein Geld haben, um zu bezahlen; sehr viele leben von Subsistenzwirtschaft – von dem, was sie selber säen und ernten – und das garantiert sehr oft nicht den Lebensunterhalt.

Bei uns in Deutschland und für uns in Europa werden Rettungspakete geschnürt – alles richtig und wichtig. Aber: Wo bleiben andere Rettungspakete? Wenn ich zusammenrechne: weit über 1,5 Billionen Euro stellt unsere Regierung für Unterstützungsmaßnahmen allein bei uns zur Verfügung. Für Afrika, das aus 55 Ländern besteht, hat das Auswärtige Amt für die Weltgesundheitsorganisation gerade einmal fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das war im April.

Was soll ich sagen: Das sind doch Zeichen verweigerter Solidarität. Es herrscht Gewalt – strukturelle zumal! Menschen kommen unter die Räder. Ich lerne wieder einmal, bewusst zu sehen in diesen Sommertagen: für diese Realität steht das Kreuz - auch. Es ist ein Stück Realität. Das Kreuz von Golgatha steht für diese Realität: für alle Gewalt, alle Not dieser Welt. Es bildet die nackte Wahrheit ab. Es macht für mich deutlich, wie verstrickt

wir sind in eine gewalttätige Kultur und Weltgesellschaft, die Menschen opfert. Und Jesus von Nazareth mitten darunter. Sinnfindung in weiter Ferne. Mehr Fragen als Antworten. Aber Mitgefühl und Mitleiden. Und die Einsicht: Der da hängt am Kreuz, ist ein Opfer menschlicher Gewalt. Christlicher Glaube ist für mich deshalb immer auch: Gewaltanschauung. Haben Christ*innen genau deshalb das Kreuz hängen oder bezeichnen sich damit oder tragen es um den Hals als ihr Zeichen?! Nämlich zur Erinnerung, nicht zu vergessen, sondern anzuschauen: die Gewalt dieser Welt!?

Wie trotzdem aufrecht bleiben und widerständig und nicht gewaltkonform? Dietrich Bonhoeffer ist mir eine Ermutigung. Der evangelische und ökumenisch gesinnte Theologe wurde auch ein Opfer mitmenschlicher Gewalt; vor 75 Jahren, im April 1945, wurde er im KZ-Flossenbürg von den Nazis hingerichtet. Er war von guten Mächten gar nicht wunderbar geborgen; er hat trotzdem davon geschrieben – auch das war eine Form von Widerstand. Glauben war für ihn etwas Diesseitiges, mit einem Jenseits-Gott konnte er nichts anfangen. Glauben hieß für

ihn, „*dem Rad in die Speichen zu fallen*“, nicht allein die eigenen Leiden wahrzunehmen, sondern die der anderen; für ihn waren diese „*die Leiden Gottes in der Welt*“. Das hat ihn aufrecht bleiben lassen – bis zuletzt.

Es ist schon paradox: Erst Gewaltanschauung wendet Not, erst das Mitleiden macht das Leben menschlich. Was bedeutet auf solchem Hintergrund die Bitte um ein „*hörendes Herz*“?

Für mich: die Stärkung meines Willens, wirklich hinzuhören auf die oft leisen Stimmen der Leidenden und diese verstärken zu helfen; Partei zu ergreifen, wo Leben mit Füßen getreten wird; wirklich zu sehen, was ist – Gewalt anschauen; mich nicht von ihr entmutigen zu lassen; und das verändern zu helfen, was geht. Und nie zu vergessen, Gewalt an Unschuldigen zu benennen und die vielen Kreuze zu erinnern – in Corona-Zeiten und ganz besonders nach Covid-19.

Bleiben wir widerständig, gesund und behütet - und bitten auch wir um ein „*hörendes Herz*“.

55 Jahre pax christi im Bistum Münster

Im letzten Jahr wurde unser Diözesanverband 55 Jahre alt. 1964 als Bistumsstelle gegründet, wollen wir gerne Rückschau halten in dieser und den nächsten Ausgaben der pax christi-Korrespondenz. Dazu baten wir euch, zu euren Erinnerungen an pax christi Münster etwas zu schreiben. In der ersten Ausgabe des Jahres 2020 haben wir die ersten Berichte veröffentlicht, das setzen wir an dieser Stelle fort.

Wir freuen uns auf weitere Rückblicke, um sie in der letzten Ausgabe des Jahres zu veröffentlichen.

Mein persönlicher Rückblick

Eberhard Ockel

Seit 1983 bin ich Mitglied von pax christi Münster - angeregt und aufgeschreckt wie ganz viele andere durch den Nato-Doppelbeschluss, der nach meiner Meinung - auch nach Meinung vieler Professoren-Kolleg*innen - die Kriegsgefahr in Europa wieder zu aktualisieren drohte. Ein Anreger dieses Schritts war ein charismatischer Kollege, der heute in Wuppertal wohnt, und zu dem ich leider keine Verbindung mehr habe: Jürgen Baurmann, wie ich längst im Ruhestand, aber als Mitherausgeber von Praxis Deutsch noch immer mit deutschdidaktischen Studien beschäftigt. Ob er selbst noch mit pax christi in Verbindung steht oder Mitglied ist, weiß ich nicht.

Wir haben damals - in Kooperation mit der Studentengemeinde und dem Studentenpfarrer Dr. Hermann Bode - Schweigekreise in Vechta (am Pferd, auf einem zentralen Platz) organisiert und jeweils aktuelle Tagesereignisse zum Anlass genommen, Bewusstsein über den regionalen

Raum hinaus für friedensgefährdende Strukturen zu wecken.

Zudem wurden wir jeweils zum 9. November an der Juttastraße (dem Gedenkstein an die jüdische Synagoge) mit Studierenden aktiv, um gemeinsam mit anderen Bildungseinrichtungen Vechtas an die Reichspogromnacht und die verbrannte Synagoge zu erinnern und an die wenigen jüdischen Familien, die in Vechta bis 1942 gelebt und gearbeitet haben.

Mit Baurmanns Weggang nach Wuppertal habe ich als Einzelkämpfer gewirkt - einigen muslimischen Flüchtlingen aus Indien 1987 durch ein Impro-Theaterstück zusammen mit Vechtaer Studierenden zur verdienten Öffentlichkeit verholfen;

einem Geflüchteten aus Kamerun vor seiner Abschiebung mit Hilfe der Benediktinerinnen von Dinklage und des Rotary-Clubs 1995 ein Visum nach Kanada besorgt, der jetzt Kanadier und Familienvater

einer vierköpfigen glücklichen Familie ist); einen Abschiebehäftling, als Deserteur aus der sowjetischen Armee dort mit dem Tode bedroht, durch Sitzblockade 1993 vor Tau und Tag gemeinsam mit den Dinklager Benediktinerinnen an der JVA Vechta ins Kirchenasyl gerettet.

Nach meiner Pensionierung 2009 habe ich einer Einladung folgend mich mit meiner Ehefrau Gunhild zusammen einer Riga-Reise angeschlossen, wo ich durch die Erinnerungsorte der Judenvernichtung in

Lettland erneut für den Friedensgedanken motiviert wurde.

Seitdem fungiere ich als Vorstandsmitglied von pax christi Münster, treffe mich seit 2016 mit 5 Interessierten halbjährlich zu einer AG „christlich-islamischer Dialog“ und betreue nacheinander seit 2009 Geflüchtete aus Ruanda und aus dem Nordirak bis heute. Außerdem leiste ich Friedensarbeit als Trauerredner und ambulanter Hospizhelfer.

Zivildienststelle als Wegbereiterin für Friedensarbeiter*in-Stelle

Hermann Flothkötter

Als Mitglied der katholischen Studentengemeinde Münster habe ich den damaligen Studentenpfarrer Dr. Ferdinand Kerstiens kennen und schätzen gelernt. Seine klaren Positionen, sein „ganzheitliches“ Engagement und die überzeugende Vermittlung hinterließen bei mir einen nachhaltigen Eindruck und motivierten mich 1969 aktives Mitglied bei pax christi zu werden. So war ich in den 1980er Jahren und wieder im 2. Jahrtausend ehrenamtlicher Geschäftsführer.

Einrichtung einer Zivildienststelle

Die 1980er Jahre waren geprägt durch Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Arbeitsplätze und durch Großdemonstrationen der westdeutschen Friedensbewegung. Immer mehr differenziertere Aufgaben mussten von der damaligen Sprecher*innengruppe übernommen werden. Die Erwartungshal-

tung war immens. Die Anfragen der Gruppen, anderer Verbände, Kirchengemeinden u.a. waren kaum noch zu bewältigen. Nach intensiver Diskussion haben wir uns dann entschlossen, eine Zivildienststelle einzurichten.

Andreas Tinnefeld wurde 1982-1983 der erste Zivildienstleistende von pax christi im Bistum Münster. Mit ihm konnten wir eine neue strukturell-organisatorische und qualitative Stufe erreichen. Es war eine herausragende, gute Zusammenarbeit, die uns nicht nur von anfallenden Büroarbeiten entlastete, sondern vor allem eine kontinuierliche Ansprechbarkeit garantierte. Stärker als bisher konnten wir dank der Vorarbeiten von Andreas inhaltlich arbeiten, die bestehenden Gruppen unterstützen und uns in die Friedensdiskussionen einbringen und Gehör verschaffen. Wir wurden zu einem gefragten Gesprächspartner und unsere „Friedenskompetenz“ anerkannt.

Während dieser Zeit hatte ich u.a. im Bischöflichen Generalvikariat Münster angeregt, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, die von den Mitarbeiter*innen finanziert werden sollten. Diese Initiative führte zum Erfolg.

Einrichtung einer Friedensarbeiterstelle

Auch die Sprecher*innengruppe kam nach ausführlichen Abwägungsprozessen zu der Entscheidung, eine mitgliedsfinanzierte und durch eine Anschubfinanzierung des Bistums geförderte Friedensarbeiter*innenstelle einzurichten. Von einem naturwüchsigen

Daseinsoptimismus geprägt, haben wir dafür geworben und viele Bedenken und Einwände widerlegt. Mit großer Freude und Dankbarkeit, auch mit ein wenig Stolz, konnten wir 1984 mit Frank Roelin die erste Friedensarbeiterstelle besetzen. Bis heute, ununterbrochen, haben wir eine hauptamtliche Stelle, die die Kontinuität der Friedensarbeit sicherstellt (Harald Homann; Andreas Wintels; Ernst Dertmann; Miriam Streibl und Daniel Hügel). Ich hoffe und vertraue darauf, dass die Mitglieder von pax christi die Qualität und den Wert dieser Stelle erkennen und diese Erfolgsgeschichte (nur möglich, weil viele Mitglieder sich beteiligen) nicht unterbrechen, sondern sich finanziell beteiligen.

Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung

Predigt von Stefan Leibold

Unser erstes Politisches Mittagsgebet im Jahr 2020 fand am 9. Mai in Münster-Hiltrup statt. Anlass war das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren. Ein Datum, das wir auch in Corona-Zeiten nicht vergessen sollten. Das Thema heißt „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“. Wir haben mit angemessenen Texten, Liedern, Musik und einer Ansprache an die Katastrophen von Faschismus und Zweitem Weltkrieg erinnern und Bezüge zur Situation in Deutschland heute herstellen.

„Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“

Dtn 4, 1-9 [Hoffnung für alle]

- | | |
|--|--|
| <p>1 Hört mir zu, ihr Israeliten! Ich erkläre euch jetzt noch einmal die Gebote und Weisungen, nach denen ihr handeln sollt. Dann werdet ihr am Leben bleiben und das Land einnehmen, das der Herr, der Gott eurer Vorfahren, euch gibt.</p> | <p>3 Ihr habt mit eigenen Augen gesehen, wie der Herr, euer Gott, alle aus eurem Volk getötet hat, die dem Götzen Baal-Peor nachgelaufen sind.</p> |
| <p>2 Fügt meinen Worten nichts hinzu, und lasst nichts davon weg! Haltet euch an alle Gebote des Herrn, eures Gottes, die ich euch weitergebe.</p> | <p>4 Ihr aber habt dem Herrn die Treue gehalten, deshalb seid ihr noch alle am Leben.</p> |
| <p></p> | <p>5 Ich habe euch die Gebote und Weisungen gegeben, die ich vom Herrn, meinem Gott, empfangen habe. Ihr sollt danach leben,</p> |

wenn ihr in das Land kommt, das der Herr euch schenken will.

- 6 Haltet euch an diese Gebote, und befolgt sie; dann werden die anderen Völker sehen, wie weise und klug ihr seid. Wenn sie von euren Gesetzen hören, werden sie sagen: »Dieses große Volk besitzt Weisheit und Verstand!«
- 7 Denn kein anderes Volk, ganz gleich wie groß, hat Götter, die ihm so beistehen, wie der Herr, unser Gott, uns beisteht! Wann immer wir zu ihm rufen, hört er uns.
- 8 Wo ist ein Volk, groß wie wir, das so gerechte Gebote und Weisungen hat, wie ich sie euch heute gebe?
- 9 Hütet euch davor, etwas von dem, was ihr gesehen habt, zu vergessen! erinnert euch euer Leben lang daran, und erzählt es euren Kindern und Enkeln weiter!

Dieser Text aus dem Buch Deuteronomium ist ein Teil der Grundsatzzrede des Mose an das Volk vor dem Einzug in das gelobte Land. Moses selbst wird diesen Einzug nicht mehr erleben und ermahnt vor seinem Tod das Volk. Zusammengestellt wurden die verschiedenen Texte des Deuteronomiums

allerdings wohl erst während und nach Ende des babylonischen Exils. Moses beantwortet stellvertretend für die Exilierten folgende Fragen: Wie soll Israel nach der Verschleppung seiner Oberschicht weiterleben? Wie finden die Menschen ihre Identität wieder? Wie soll Israel sich verstehen, wenn das Volk wieder vereint ist und über sich selbst entscheiden kann?

Seine Antwort: Gott allein soll Gott sein. Auf ihn sollen die Menschen hören. Denn Gott hat mit dem Volk Israel einen Bund geschlossen, und zwar aus Liebe. Deshalb soll das Volk die Gebote halten, denn sie geben Orientierung. Das Volk wird, so machen die gehörten Verse deutlich, nur eine Zukunft haben, wenn es sich auf seinen Gott besinnt und seine Geschichte mit ihm erinnert.

In Vers 9 haben wir gerade gehört: „Hütet euch davor, etwas von dem, was ihr gesehen habt, zu vergessen! erinnert euch euer Leben lang daran, und erzählt es euren Kindern und Enkeln weiter!“ Ob das Volk das gerne gehört hat, wissen wir nicht. Aber es ist wahr: Zukunft braucht Erinnerung.

Das gilt nicht nur für das Volk Israel, sondern grundsätzlich: Ich muss mich an meine eigene Geschichte erinnern, sie einordnen und deuten. Erst dann kann ich verstehen,

warum bestimmte Dinge passiert sind und was das jetzt für mich bedeutet. Das gilt individuell und gesellschaftlich.

Der im 18. Jahrhundert lebende jüdische Gelehrte Baal Schem Tov hat das so formuliert: „Das Vergessen-Wollen verlängert das Exil - das Geheimnis der Erlösung ist Erinnerung“.

Aber: sich zu erinnern ist keine leichte Übung. Es kann eine Zumutung sein, und es ist anstrengend. Sich zu erinnern zwingt dazu, genauer hinzuschauen auf das, was war. Sich zu erinnern ruft schließlich zur Verantwortung für heute und fordert zur Stellungnahme heraus.

Wir wollen uns heute sehr bewusst an ein Datum erinnern: an den 8. Mai 1945, der für das Ende des Zweiten Weltkriegs steht. Diese Zeit war voller monströser Grausamkeiten und Katastrophen. Dass viele Menschen nach Ende des Krieges ihre Erlebnisse verdrängt haben, um überhaupt weiterleben zu können, ist nicht erstaunlich. Mit einigem Abstand haben dann die nachfolgenden Generationen diese Erinnerung und eine Aufarbeitung eingefordert.

Und diese Erinnerungen an die Zeit des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs sind nicht nur von historischem Interesse, sie können uns, das behaupte ich, auch für

unsere heutige Zeit Anhaltspunkte dafür geben, wie wir leben wollen. Haltung braucht Erinnerung- und auf die Geschichte blicken braucht eine kritische Haltung.

In diesem Sinne möchte ich einige Schlaglichter auf Faschismus, Weltkrieg und die deutsche Gesellschaft nach Ende des Krieges werfen und die Frage stellen, was wir daraus für heute lernen können.

Ich habe erst im Soziologie-Studium gelernt, dass es sozialwissenschaftliche Faschismustheorien gibt. Dass Faschismus etwas Böses war, das habe ich in der Schule gelernt. Aber wie kam es dazu? Am überzeugendsten scheint mir nach wie vor der Ansatz der sogenannten „Bündnistheorie“: Als die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Frage gestellt waren, kam es zu einem historischen Bündnis der nationalsozialistischen Partei und Bewegung mit den politischen und militärischen Eliten der Kaiserzeit und einigen großen Konzernen. Entsprechende Treffen der Akteure sind dokumentiert. Gründe für dieses Bündnis waren die großen Verwerfungen in Folge der Weltwirtschaftskrise, aber auch das Erstarken der Kommunisten, die das kapitalistische System gefährdeten.

In großen Krisenzeiten arbeiten nationale wirtschaftliche und poli-

tische Eliten durchaus mit rechten Bewegungen zusammen, wenn es ihnen hilfreich erscheint. Das ist kein Zufall: Wenn man sich die Wirtschaftspolitik rechter Parteien heute anschaut, ist das neoliberaler, als die anderen Parteien je sein könnten. Profite retten und Grundrechte einschränken - das passt durchaus zusammen. Der Soziologe Wolfgang Streeck hat das auf den Punkt gebracht: „Kapitalismus braucht keine Demokratie, um zu funktionieren“.

Vor ein paar Monaten gab es ein aussagekräftiges Foto: Sie erkennen die dargestellten Björn Höcke und Thomas Kemmerich.

Wir haben diese Fotos nebeneinander gestellt, weil es in der Haltung der Personen Ähnlichkeiten gibt. Ich weiß, das ist provokant, und ganz klar: Geschichte wiederholt sich nicht, und Björn Höcke ist kein Hitler. Wenn wir die Situationen vergleichen, fällt aber auch auf, dass wir auch schon vor Corona und jetzt erst recht vor einer tiefgreifenden Weltwirtschaftskrise stehen. In Ungarn und Polen, aber auch in der Flüchtlingspolitik der EU sehen wir, wie schnell Demokratie und Grundrechte eingeschränkt werden können. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass das in Deutschland nicht möglich ist.

Unterstützt wurde die faschistische Herrschaft besonders von denen, die prekär beschäftigt waren und durch die, die sich in ihrer Identität bedroht sahen. Herrschende Ideologie wurde in der NS-Zeit die Verachtung von allen, die anders waren: Die jüdische Bevölkerung, aber auch Intellektuelle, Arbeitslose, Sinti und Roma, Schwule, Zeugen Jehovas u.a. wurden für die Krisen verantwortlich gemacht. Diese Verachtung führte schließlich zur Vernichtung.

Und auch heute erleben wir verschiedene Formen von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, wie Wilhelm Heitmeyer das nennt. Verschiedene Gruppen der Bevölkerung können so gegeneinander aufgehetzt werden. Auch heute sind viele prekär beschäftigt und fühlen sich in ihrer Identität in Frage gestellt. Und es gibt eine Partei, der es gelungen ist, zum Sammelbecken der Enttäuschten UND derjenigen zu werden, die immer schon ein rechtsextremes Weltbild hatten. Hier gibt es Ähnlichkeiten zwischen damals und heute.

Wenn ich an die NS-Zeit und 2. den Weltkrieg denke, denke ich insbesondere an die Vernichtung der europäischen Juden. Für diesen „Zivilisationsbruch“, die industrielle Ermordung Millionen Unschuldiger, greift jede Erklärung zu kurz. Die Menschen wurden zu „Gewürm“,

ihnen wurde das Menschsein abgesprochen. „Die Juden“ galten als Verschwörer, die die ganze Welt ins Chaos stürzen wollten. Nachdenklich gemacht hat mich eine Erklärung von Gunnar Heinsohn: Ihm zufolge war das Ziel Hitlers die Zerstörung der jüdischen Ethik mit ihrem Tötungsverbot, die er als Grundlage abendländischer Zivilisation ansah. Erst dadurch habe der NS-Staat für die gnadenlose Zerstörung von Leben dauerhafte Akzeptanz bei Bevölkerung finden können.

Der Antisemitismus ist heute wieder stärker als in früheren Jahrzehnten sichtbar. Angesichts der unverständenen, aber extrem bedrohlichen Krisen, die durch den Finanzkapitalismus ausgelöst werden, feiert die Idee der „jüdischen Weltverschwörung“, die nie weg war, ein Comeback.

Und die christlichen Kirchen?

Sicher leisteten Einzelne Widerstand. Die offiziellen Vertreter der Kirchen sahen dagegen mit großer Mehrheit die Naziherrschaft als „legitime Obrigkeit“ an und forderten bis zuletzt die Unterstützung des patriotischen Krieges. Die Frage stellt sich nach wie vor, warum es insgesamt so wenig Kritik und Widerstand gab. Wo stehen die Kirchen heute angesichts der viel-

fachen Krisen der Welt? Wo sind die klaren Worte zu Rüstung und Krieg und zur Zerstörung der Schöpfung durch unser Gesellschaftsmodell? Dass „diese Wirtschaft tötet“, ist bei den deutschen Christen nicht wirklich angekommen.

Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. War der 8.5. 1945 ein Tag der Befreiung oder der Niederlage? Die Menschen werden das sehr unterschiedlich empfunden haben. Viele waren einfach froh, dass der Krieg zu Ende war.

Aufgearbeitet wurde wenig, man stürzte sich in den Aufbau. Die halbherzig begonnene „Entnazifizierung“ wurde schnell wieder beendet, als der Kalte Krieg begann. Die Aufarbeitung in den Familien begann erst viel später und war ein schwieriger und schmerzlicher Prozess. „Opa war kein Nazi“ heißt ein Buch von Harald Welzer, in dem er die Abwehr von Schuld in der eigenen Familie beschreibt.

Eine Stunde Null gab es natürlich nicht: viele Nazifunktionäre setzten im neuen Staat ihre Arbeit einfach fort. Dass Demokratie etwas Gutes sein könnte: diese Erkenntnis kam trotz Grundgesetz erst nach einigen Jahrzehnten in den Köpfen an. Die Mächtigen kritisch zu hinterfragen, ist bis heute keine deutsche Tugend geworden.

Die Vernichtung der europäischen Juden wurde erst spät Thema: Der Film „Holocaust“ erschien 1978, der Film „Shoah“ 1985. Auschwitz sollte nie wieder möglich sein – das fand seinen Niederschlag in den Lehrplänen der Schulen. Der notwendigen moralischen Bearbeitung des Holocaust fehlte und fehlt aber oft die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus, was der Pädagoge Freerk Huisken einmal polemisch „Alles bewältigt, nichts begriffen!“ nannte.

Viele Prozesse der Aufarbeitung wurden von außen angestoßen und nicht von allen Deutschen aufgegriffen. Der Wohlstand wurde im Nachkriegsdeutschland Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, nicht das demokratische Selbstverständnis.

„Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“. Diese Erinnerung sollte heute auf der Höhe der Zeit und in

kritischer Absicht erfolgen. Noch haben wir keine Situation, die zu einer faschistischen Herrschaft führen müsste. Aber wir sollten wachsam sein.

„Hütet euch davor, etwas von dem, was ihr gesehen habt, zu vergessen! erinnert euch euer Leben lang daran, und erzählt es euren Kindern und Enkeln weiter!“ heißt es im Buch Deuteronomium.

Wenn wir uns erinnern an Gottes Weisungen und seinen Bund, den er mit den Menschen geschlossen hat, können wir Orientierungen für unsere heutige Zeit finden.

Erinnerung braucht Haltung, Haltung braucht Erinnerung. Beide brauchen als Basis ein lebendiges Christentum, das Gottes Bund im Hier und Jetzt fortsetzt.

Amen.

Pfingstpredigt 2020

Pfingsten - Fest der Vielfalt

Maria Buchwitz

Gemeinsam mit dem Referat für Weltkirche im Bistum Münster feierten wir am Pfingstsonntag einen Gottesdienst im Jahresthemenfeld „Frieden“ der kirchlichen Hilfswerke in der Liebfrauen-Überwasser Kirche in Münster.

Wir fragten danach, wie das gehen soll - Menschen anderer Länder und Kulturen in ihren eigenen Sprachen verstehen.

Ein frommer Wunsch – oder ist Pfingsten gerade im Zeitalter der Globalisierung das Fest, welches die notwendige Vision von der Verständigung aller Menschen erzählt, welches Türen öffnet und Begrenzungen überwindet?

Die Pfingstpredigt unserer Diözesanvorsitzenden Maria Buchwitz finden Sie auf den folgenden Seiten.

Liebe Schwestern und Brüder,

„Wieso kann sie jeder von uns in seiner Muttersprache hören?“ Das fragen sich die Menschen aus den verschiedensten Völkern, als sie die Jüngerinnen und Jünger am Pfingsttag reden hören.

Bei aller Vielfalt der damals und heute gebräuchlichen Sprachen muss es also eine Sprache geben, die **alle** Menschen hören und verstehen können, die Sprache eben, mit der die Jüngerinnen und Jünger „Gottes große Taten verkünden,“

wie es in der Apostelgeschichte heißt. Ich denke, das ist die Sprache, die Jesus verkündet und gelebt hat – die Sprache der Liebe, der Barmherzigkeit und des Mit-Leidens, die unser Herz öffnet für unsere Mitmenschen.

Am Anfang des Erlernens einer jeden Sprache aber steht das Zuhören – das Hören aufeinander.

„Wieso kann sie jeder von uns in seiner Muttersprache hören?“ – wenn die in Jerusalem versammelten Parther, Meder, Kappadozier und

viele andere nicht hingehört und sich so nicht hätten ergreifen lassen von der Sprache Jesu, der Sprache der Liebe und der Barmherzigkeit, dann wäre das Christentum wohl nicht entstanden. Und: Die Jüngerinnen und Jünger haben nicht nur **verkündet**, wovon sie be- **geistert** waren. Ein Kennzeichen der jungen Kirche war, dass sie diesen Geist der Einheit **gelebt** haben, wie wir im nächsten Kapitel der Apostelgeschichte lesen – „sie verkauften ihr Hab und Gut und gaben davon allen, jedem so viel, wie er nötig hatte.“

Die Pfingstgeschichte erzählt uns, wie wir durch den Heiligen – oder Heil bringenden – Geist fähig werden, unterschiedlichsten Menschen zuzuhören und sie zu verstehen – die Grundlage jedes friedlichen Zusammenlebens. So ist ein Symbol des Heiligen Geistes die Taube, die Friedenstaube. „Selig, die Frieden stiften“ ist auch das Motto der diesjährigen Pfingstaktion von Renovabis.

Ich persönlich habe vieles von diesem Geist des Friedens und der Einheit in vielfältigen Sprachen, Traditionen und Religionen im Norden Ghanas erfahren bei meinen Besuchen in unserer Partnergemeinde Christ The King. Die Amtssprache in Ghana ist Englisch, gleichzeitig werden jedoch ungefähr 150 ein-

heimische Sprachen gesprochen. Im Norden sind über 90% der Bevölkerung Muslime – und alle, sowohl Christen als auch Muslime, verbinden ihre Religion mit ihren traditionellen kulturellen Gebräuchen. Die christliche Schule unserer Partnergemeinde besuchen christliche **und** muslimische Kinder – sie lernen und beten gemeinsam. Das gemeinsame Feiern religiöser Feste mit Musik und Tanz gehört zum Alltag, der in viel größerem Maße als bei uns vom Glauben geprägt ist. Einen Ort auf dem Gelände der Kirchengemeinde liebe ich besonders: Das Palaver. Hier, an einem runden überdachten Platz im Freien treffen sich die unterschiedlichsten Gremien und Gruppen von Menschen, wobei die unausgesprochene Regel gilt: Es wird bei Kontroversen so lange diskutiert bis eine Einigung erzielt ist, egal wie lange es dauert. Niemand schaut auf die Uhr. Es gibt eine ausgeprägte Kultur des Zu-Hörens bevor man irgendwann zu Entscheidungen kommt, die alle betreffen und mittragen können.

Dieser Geist des aufeinander Hörens – und des Respektierens der unterschiedlichen Standpunkte und Sichtweisen -scheint mir heute – gerade auch in der Corona-Krise - mehr und mehr verloren zu gehen, in einer Zeit des Abstand Haltens und der Kontaktbeschränkungen, wo wir alle sehr mit uns selbst beschäftigt sind.

Gleichzeitig verschärfen sich die sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft wie unter einem Brennglas – sowohl global als auch bei uns in Deutschland. Wir sind meines Erachtens an einem Punkt angekommen, wo wir uns fragen: Wollen wir schnellstmöglich so weiterleben wie bisher, auf Kosten der allermeisten Menschen auf unserem Planeten und der nachfolgenden Generationen – auf Kosten einer gnadenlosen Ausbeutung von Mensch und Natur, so wie es sich gerade exemplarisch an den Zuständen in der Fleischindustrie zeigt? Oder wollen wir die Weichen stellen hin zu einer neuen Wirtschaftsordnung – gerechter, solidarischer und nachhaltiger? Das ist nur möglich, wenn wir uns vom Leid der anderen berühren lassen, wenn wir **hören** auf die Stimme Jesu in den Stimmen der Menschen an den Rändern unserer Gesellschaft und **ihnen** Gehör verschaffen.

Hören wir auf die Stimme der weltweit nahezu einer Milliarde Hungernden, deren Zahl infolge der Corona-Krise **und** des Klimawandels wieder steigt. Hören wir auf die Stimme derjenigen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und die jetzt unter menschenunwürdigen Bedingungen über Jahre hinweg in Lagern leben, wenn sie nicht vorher im Mittelmeer ertrunken sind, wo Seenotrettung inzwischen verboten ist, oder weil sie mit Unterstützung

der Europäischen Union in die libyschen Folterlager zurückgeschickt wurden. Hören wir hier bei uns auf die Stimmen vieler Kinder, kranker und alter Menschen, die besonders unter der Pandemie leiden und auf diejenigen, die kein Zuhause haben, wo sie sicher vor dem Virus sind. Hören wir auf die Stimmen der Wanderarbeiter aus Südosteuropa, die nach wie vor in der Fleischindustrie oder auf unseren Spargelfeldern ausgebeutet werden und unterstützen sie im Kampf um gerechte Entlohnung. Und hören wir auf die Frauen, die seit langem für eine gleiche Berechtigung zum Zugang zu allen Ämtern in einer geschwisterlichen Kirche eintreten.

Wir sind nicht allein – Mut machen mir die vielen Menschen, junge und ältere, die sich an unterschiedlichen Stellen in und außerhalb der Kirchen engagieren, in der Friedensbewegung, in Städte- und Gemeindepartnerschaften, Entwicklungs- und Hilfsorganisationen, in Parteien oder in der Nachbarschaft.

Mut macht uns an der Stelle auch Papst Franziskus. Am diesjährigen Ostersonntag schrieb er in einem Brief an die sozialen Bewegungen angesichts der Zuspitzung der globalen Ungerechtigkeit:

„Ich **hoffe**, dass die gegenwärtige Gefahr den automatischen Gang

der Dinge unterbricht, unser schlafendes Gewissen aufrüttelt und eine menschliche und ökologische Umkehr bewirkt, die die Vergötzung des Geldes beendet und stattdessen die Würde und das Leben ins Zentrum rückt.“

Hoffen wir gemeinsam und lassen wir uns den Weg weisen vom Pfingstgeist, der in uns lebt, dem Geist des sich Verstehens, der Liebe und des Friedens.



Hiroshima und Nagasaki mahnen

75. Gedenken der Atombombenangriffe

Anlässlich des 75. Gedenkens der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 haben auch in unserem Diözesanverband pax christi-Gruppen kreative Aktionen gestaltet, die wir im Folgenden dokumentieren. Darüber hinaus fordert pax christi erneut den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen. Hier die Erklärung des pax christi-Präsidenten, Bischof Peter Kohlgraf.

Atomwaffen ächten noch im Jahr 2020

Vor 75 Jahren, am 6. und 9. August 1945 fielen die amerikanischen Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Sie rissen mehr als 200.000 Menschen in einen unvorstellbar grausamen Tod, die Überlebenden litten ihr Leben lang unter der nuklearen Verseuchung wie unter den psychischen Folgen, beide Städte wurden fast vollständig ausgelöscht.

Wir gedenken der unzähligen Opfer dieses furchtbaren Angriffs vor 75 Jahren. Und zugleich müssen wir

uns vor Augen führen: Die Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen ist auch heute grausame Realität. Jede der heute existierenden Atomwaffen hat das mehrfache Vernichtungspotential der Hiroshima-Bombe und bedroht alles Leben auf der Erde. Die Menschen, die im August 1945 in Hiroshima und Nagasaki ihr Leben verloren, mahnen uns alle eindringlich, für Abrüstung und für eine Welt ohne Atomwaffen einzutreten.

Die katholische Friedensbewegung pax christi Deutschland fordert – gemeinsam mit einem breiten Bündnis christlicher Kirchen, Re-

ligionsgemeinschaften und Friedensvereinigungen – Atomwaffen international zu ächten. An die Bundesregierung ergeht unsere Aufforderung, den Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen zu unterzeichnen.

Bis zum Jahr 2020, noch zu Lebzeiten wenigstens einiger Überlebender der Angriffe von 1945, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen – das war das Ziel einer breiten internationalen Kampagne, die der Zusammenschluss „Mayors for peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) im Jahr 2003 in Hiroshima angestoßen hat und in der die internationale pax christi-Bewegung aktiv mitarbeitet.

Eine atomwaffenfreie Welt im Jahr 2020 haben wir nicht erreicht. Doch vor drei Jahren mündete die Initiative in den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen, der die Ächtung aller Atomwaffen mit dem Verbot der Herstellung und des Besitzes in kurzer Frist festschreibt. Wir setzen jetzt die Hoffnung darauf, dass im Jahr 2020 die Zahl von 50 Staaten erreicht wird, die den Verbotsvertrag ratifizieren, damit Verbot und die Ächtung von Atomwaffen als Internationales Recht in Kraft treten.

Mit unserem Bemühen stehen wir an der Seite von Papst Franzis-

kus, der im vergangenen Jahr die Gedenkstätten in Hiroshima und Nagasaki aufgesucht hat. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit hat er mit bewegenden Worten der Opfer gedacht und unmissverständlich die Existenz und den Besitz von Atomwaffen für unmoralisch erklärt: „Aus tiefer Überzeugung möchte ich bekräftigen, dass der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken heute mehr denn je ein Verbrechen ist nicht nur gegen den Menschen und seine Würde, sondern auch gegen jede Zukunftsmöglichkeit in unserem gemeinsamen Haus. Der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken ist unmoralisch, wie ebenso der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist“.

Weiter mahnt Papst Franziskus: „Wenn wir tatsächlich eine gerechtere und sicherere Gesellschaft aufbauen wollen, müssen wir die Waffen aus unseren Händen legen“. (...) Wenn wir der Logik der Waffen nachgeben und uns von der Praxis des Dialogs entfernen, vergessen wir tragischerweise, dass die Waffen, noch bevor sie Opfer fordern und Zerstörung bewirken, böse Szenarien hervorrufen können (...). Wie können wir Frieden anbieten, wenn wir beständig die Drohung eines Atomkrieges als legitimes Mittel zur Konfliktlösung einsetzen? (...) Der wahre Friede kann nur ein waffenloser Friede sein“.

Die Realität ist eine andere: De facto setzen die deutsche Bundesregierung und das NATO-Bündnis weiter auf Abschreckung und halten an der Überzeugung fest, durch die Drohung mit den Massenvernichtungswaffen den Frieden erhalten zu können. Deutschland ist in die nukleare Teilhabe eingebunden, die die Mitarbeit am Einsatz von Atombomben durch die deutsche Bundeswehr bedeutet. Geplant ist die Erneuerung der in Deutschland stationierten amerikanischen Atomwaffen und die Anschaffung neuer Kampffjets für den Abwurf dieser Atombomben.

Dem stehen jedoch auch völkerrechtliche Vereinbarungen entgegen: Der Atomwaffensperrvertrag von 1968, in dem sich die fünf offiziellen Atomkräfte zur vollständigen nuklearen Abrüstung unter internationaler Kontrolle verpflichten und die anderen Unterzeichnerstaaten auf den Erwerb von Atomwaffen verzichten. Das Gutachten des Internationalen Gerichtshof von Den Haag (IGH) von 1996, das feststellt: „Die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen verstoßen generell gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.“ (Ziff. 105 (2) D).

Als pax christi-Bewegung stellen wir uns der Politik der atomaren Abschreckung, der Aufrüstung und der nuklearen Teilhabe entgegen.

Wir bauen dabei auf den Friedenswillen und die Sehnsucht der Menschheitsfamilie nach Frieden: „Einer der tiefsten Wünsche des menschlichen Herzens ist der nach Frieden und Stabilität“, sagt Papst Franziskus vor dem Friedensdenkmal in Nagasaki im November 2019. Zugleich deutet der Papst den Weg an, der zu diesem Frieden führt: „Der Frieden und die internationale Stabilität (...) sind nur möglich im Anschluss an eine globale Ethik der Solidarität und Zusammenarbeit im Dienst an einer Zukunft, die von der Interdependenz und Mitverantwortlichkeit innerhalb der ganzen Menschheitsfamilie von heute und morgen gestaltet wird.“

Am 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki gedenken wir der Opfer dieses Grauens. Und wir mahnen: Die Drohung mit der Vernichtung des Lebens durch Atomwaffen kann kein Synonym für Frieden sein. Der Verzicht auf die Abschreckungslogik der Atomwaffen und der Wille zu Vertrauensbildung und Abrüstung sind die Orientierungspunkte einer Friedenslogik der Zukunft.

Mahnwache für Frieden und Solidarität

Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August in Münster.

„Es kann und darf nicht sein, dass Deutschland als dritt-größter Waf-fenexporteur der Welt Kriege anheizt, die Militärausgaben hochfährt und das Geld für humanitäre Hilfe gekürzt wird“, so Maria Buchwitz (Diözesanvorsitzende pax christi Münster) auf der „Hiroshima - Blumenkreuz - Aktion“ der „Mahnwache für Frieden und Solidarität“ am 6. August 2020, anlässlich des 75. Jahrestages der US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 8. August 1945.

Vor 75 Jahren, am 6. und 9. August 1945 wurden zwei Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. 65.000 Menschen verdampften und verbrannten auf der Stelle, bis zum Ende des Jahres starben mehr als 200.000.

Mit einem vor der Lambertikirche in Münster ausgelegten Blumenkreuz hatte die Initiative „Mahnwache



Unsere Diözesanvorsitzende Maria Buchwitz (rechts) während der Mahnwache in Münster.

für Frieden und Solidarität“ auch in diesem Jahr wieder an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erinnert, den Opfern gedacht und zudem über diese unglaublich furchtbaren Ereignisse informiert. Die 1982 gegründete Initiative „Mahnwache Münster für Frieden und Solidarität“ gestaltet seit vielen Jahren ein Blumenkreuz in Gedenken an diese Ereignisse und als Aufforderung, sich für die Verhinderung weiterer atomarer Auseinandersetzungen zu engagieren.

Würdevolles Gedenken an Hiroshima und Nagasaki

pax christi und Internationale Ärzte-Vereinigung luden ein

Karl-Heinz Kocar

Am 8. Juli 2020, also einen Monat vorher, hatte Lüdinghausens Bürgermeister Richard Borgmann im wörtlichen und übertragenen Sinne „Flagge gezeigt“ für eine weltweite Abschaffung von Atomwaffen. Als einer von weltweit 7.909 Amtskollegen, der „Mayors for Peace“, unterstützt er seit einigen Jahren die Initiative der Oberbürgermeister von Hiroshima und Nagasaki.

Mit dem doppelten nuklearen Angriff der US-Air-Force auf diese zwei süd-japanischen Städte endete der Zweite Weltkrieg auch im pazifisch-asiatischen Raum, drei Monate nach dem Ende in Europa durch die Kapitulation des Deutschen Reiches. Alle Regierungen der USA haben diesen finalen Angriff immer wieder gerechtfertigt.

Da Richard Borgmann noch im Urlaub war, vertrat ihn Josephine Kleyboldt bei einer Gedenkstunde, die auf Initiative der katholisch-ökumenischen Friedensbewegung pax christi und der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) am 5. August, am

Vorabend des 75. Jahrestages auf dem Platz neben der St.-Felizitas-Kirche stattfand. Dr. med. Rüdiger Busch und Karl-Heinz Kocar fanden Worte der Information und der Mahnung, regelmäßig unterbrochen durch Schläge auf einen großen Gong, dessen tiefer Klang an den der Glocke erinnern sollte, die im Friedenspark von Hiroshima jedes Jahr am 6. August um 8.15 Uhr, dem Zeitpunkt der Detonation von 1945, eine Schweigeminute einläutet. Nach Einbruch der Dunkelheit werden dann dort unzählige Papierlaternen entzündet und auf einen Fluss gesetzt.

Während der Gedenkveranstaltung wurden bei der Gedenkstunde in

Lüdinghausen viele brennende Schwimmerkerzen auf das Wasser des Ludger-Brunnens in der Mitte des Platzes gesetzt. Und gebastelte Origami-Kraniche, in japanischer Mythologie Symbole für ein glückliches und langes Leben, säumten den Brunnenrand.



„Atomwaffen sind Terrorwaffen, von denen auch noch heute 25 in Deutschland lagern – jede mit einer Zerstörungskraft von 5 Hiroshima-Bomben“, mahnte Dr. Rüdiger Busch. Diese US-Atomwaffen sollen im Kriegsfall an Bord neuer Kampfflotten von deutschen Soldaten abgeworfen werden. Das ist ein Teil der Nato-Strategie. Und Karl-Heinz Kocar sagte: „Geradezu bizarr wäre es, wollten wir allein von Gott eine Befreiung aus der tödlichen Bedrohung erwarten und ansonsten ‚seelen-ruhig‘ zur Tagesordnung übergehen.“ Es gelte in zähem Ringen die auch mit der nuklearen Abschreckung verbundenen Allmachtsfantasien des Menschen schrittweise zu überwinden. Er erinnerte daran, dass Papst Franziskus die atomare Abschreckung ausdrücklich ein „Verbrechen“ genannt habe. Auch Deutschland müsse nun endlich den UN-Verbotsvertrag aus dem Jahr 2017 unterzeichnen.



Gedenken in Lüdinghausen

Eine fünfköpfige Musikgruppe um Annette Becker stellte während der Veranstaltung bekannte Friedensmelodien in den Raum,

zwischen „Blowin' in the Wind“ und „Hallelujah“, und trug so mit Flöte und Gitarre ihren Teil dazu bei, dass eine dichte Atmosphäre entstand. Am Ende wurde das große Lied der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung „We shall overcome“ von den rund 35 Teilnehmern gemeinsam gesungen, unter Beachtung der Corona-bedingten Abstände.

Vor 75 Jahren wurden Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben zerstört

Schweigekreis, Gedenkgottesdienst und Großplakat-Aktion der pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen

Johannes Gertz

Am 6. August 1945 um 8.15 Uhr zerbarst die Bombe in 580 m Höhe über Hiroshima. Ein riesiger Feuerball formte sich, die Detonationswolke von Staub, Erde und Wasser verschlang die Stadt, eine Rauchsäule stieg zum Himmel auf und formte sich zum Atompilz: apokalyptisches Menetekel der selbst zerstörerischen Kräfte des Menschen. Am 9. August folgte der Atombombenangriff auf Nagasaki.

Durch die beiden Atombomben starben mehr als 100.000 Menschen sofort. Bis Ende 1945 starben 130.000 Menschen unter großen Qualen an ihren Schwerstverletzungen und in den Folgejahren noch viele weitere. Das entsetzliche Leid der Opfer, das kaum in Worte zu fassen ist, hätte für alle kommenden Zeiten zur Ächtung dieser furchtbaren Waffen führen müssen.

Zum Gedenken an die Opfer der beiden Atombombenangriffe, aber auch zur nachdrücklichen Mahnung daran, dass ernsthafte Verhandlungen über atomare Abrüstung wieder aufgenommen werden, die US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden und Deutschland dem UN-Atomwaffenverbot beitrete, hatte die pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen zu



Plakat zur Mahnung in Herten



Die Mahnwache in Recklinghausen

einem einstündigen Schweigekreis am 6. August auf dem alten Marktplatz in der Recklinghäuser Altstadt und zu einem Gedenkgottesdienst am 9. August in der Recklinghäuser Gymnasialkirche eingeladen. Aus gleichem Anlass hatten Mitglieder der pax christi-Gruppe und Sympathisanten die Hängung von 8 Großplakaten in den 8 bistumszugehörigen Städten des Kreises Recklinghausen finanziert. Die Plakataktion war vom Netzwerk Friedenskooperative initiiert worden.

Der Einladung zum Schweigekreis am Donnerstagnachmittag waren überraschend viele Menschen gefolgt, zeitweilig waren es 25 Personen. Selbst ein schwerkrankes Mitglied unserer Gruppe ließ es sich nicht nehmen, am Schweigekreis und am Gottesdienst teilzunehmen. So war auch der von uns

vorbereitete Gedenk-Gottesdienst am Sonntagabend gut besucht. In den Mittelgang der Kirche hatten wir dokumentarische Fotos vom zerstörten Hiroshima und Nagasaki gelegt. Auf große Resonanz stieß unsere Bitte, den Bundestagspräsidenten mit einer Postkarte aufzufordern, sich für die Umsetzung des überparteilichen Bundestagsbeschlusses vom 26. März 2010 einzusetzen. Der Bundestag hatte die Bundesregierung mehrheitlich dazu aufgefordert, auf den Abzug der amerikanischen Atombomben hinzuwirken. Allen Teilnehmer*innen des Schweigekreises und allen Gottesdienstbesucher*innen schenkten wir einen Kranich als Symbol für den Weltfrieden. Die Kraniche hatte einige von uns zuvor aus Origami-Papier mit vielfältigen Mustern gefaltet.

Für die Ächtung von Atomwaffen

Detlef Scherle

Über 40 Coesfelder Bürger haben sich gestern an der Mahnwache der pax christi-Gruppe anlässlich des 75. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima beteiligt. Auch einige Passanten blieben stehen und gesellten sich auf dem Platz vor der Jakobi-Kirche dazu.

auf Plakaten, die die Teilnehmer mitgebracht hatten. Künstler Alfons Wiedau zeigte ein selbst gemaltes Bild. Rolf Müller forderte alle Bürger und Politiker auf, sich für eine weltweite Ächtung und auch für den Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.

„Angriffe mit Atombomben sind und bleiben Verbrechen gegen die Menschheit“, stand unter anderem

Erschienen in der „Allgemeinen Zeitung“ am 7.8.2020



Mahnwache der pax christi-Gruppe Coesfeld (Foto: Detlef Scherle).

„Es ist ein Hoffen wider alle Hoffnung“

75 Jahre nach Hiroshima: Die pax christi-Aktivistin Gisela und Theo Hinricher über ihren Einsatz für den Frieden

Detlef Scherle

Morgen jährt sich zum 75. Mal der Atombombenabwurf auf Hiroshima. Drei Tage später, am 9. August 1945, folgte Nagasaki. Die Coesfelder pax-christi Gruppe will daran am Donnerstag (6. 8.) um 18 Uhr mit einer Mahnwache vor der Jakobi-Kirche erinnern und auch auf die aktuelle atomare Bedrohung hinweisen. Unser Redaktionsmitglied Detlef Scherle sprach mit dem Ehepaar Theo und Gisela Hinricher, die die Veranstaltung mit organisieren, über die Beweggründe für ihr rund 40 jähriges Engagement für den Frieden.

Frau Hinricher, Sie sind 85 Jahre alt, Herr Hinricher, Sie 83. Das ist nicht gerade das typische Alter, in dem man oder frau noch auf Demonstrationen geht, geschweige denn eine organisiert. Was ist Ihre Motivation, gemeinsam mit den Mitstreitern von pax christi in Coesfeld zur Mahnwache einzuladen?

sen, dass die atomare Gefahr heute keineswegs gebannt ist, sondern aktuell sogar auch noch wieder steigt.

Als der Krieg endete, waren Sie zehn beziehungsweise acht Jahre alt. Haben Sie damals schon aktiv etwas mitbekommen von dem Unheil, das die Amerikaner in Japan anrichteten?

Theo Hinricher: Wir wollen an diese menschenverbrecherische Aktion erinnern, und gleichzeitig geht es uns auch darum, darauf hinzuwei-

Gisela Hinricher: Nein, ich war mit meiner Familie auf der Flucht aus Oberschlesien – Theo war schon



Unsere langjährigen Mitglieder Gisela und Theo Hinricher erzählen von ihrem Engagement gegen Atomwaffen (Foto: Detlef Scherle).

in Coesfeld. Die Kriegsfolgen in Deutschland bestimmten unseren Alltag. Und in der Schule haben wir noch nicht einmal den Nationalsozialismus durchgenommen.

Und später?

Theo Hinricher: Das Thema wurde totgeschwiegen. Insbesondere die schlimmen Folgen für die Menschen in den Städten, die die Atomangriffe trafen. 100 000 waren sofort tot. 130 000 weitere starben noch bis Ende 1945 an den Folgen. Und Zigtausende kamen noch später ums Leben. Zwei Drittel der Einwohner der beiden Städte wurden bis 1950 ausradiert.

Aber davon haben wir damals in Deutschland noch nichts gewusst. Dass das hier nicht thematisiert wurde, hat wohl damit zu tun, dass wir Deutsche ja den Krieg angezettelt und verloren hatten und nun anderen, den Amerikanern, der Siegermacht, keine Vorhaltungen machen wollten. Dabei waren das Kriegsverbrechen. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wann hat Sie das Thema erreicht?

Gisela Hinricher: Das war so richtig erst in den 80er Jahren. Zur Zeit der Friedensbewegung. Den Anstoß gab eigentlich unsere Tochter, die sich als Studentin für den Frieden

engagierte. Wir traten pax christi, der katholischen Friedensbewegung, bei. Eine Gruppe hatte sich auf Initiative eines Kaplans gerade in Coesfeld gegründet. Nie wieder Krieg, das war auch aufgrund der eigenen Erfahrungen damals schon unser Antrieb. Wir haben uns dann in den folgenden Jahren intensiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Gefreut hat uns, dass auch der Ökumenische Rat der Kirchen 1983 in Vancouver die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen klar als Verbrechen gegen die Menschheit benannt und geächtet hat.

Theo Hinricher: Wörtlich heißt es in der Erklärung (liest aus einem mitgebrachten Papier vor): „Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gehorsams und christlicher Treue zum Evangelium.“

Jetzt gehört Deutschland ja nicht zu den Atommächten. Warum dann in Coesfeld eine Mahnwache, wenn von unserem Land gar keine Gefahr ausgeht?

Theo Hinricher: Auch auf deutschem Boden gibt es noch immer Atomwaffen. Wir waren im vergangenen Jahr auf einer Protestveranstaltung in Büchel in Rheinland-Pfalz – dieses Jahr ist sie wegen

Corona ausgefallen. Am dortigen Fliegerhorst haben die Amerikaner 20 Atomraketen stationiert, die die Bundesrepublik im Falle eines Falles bewegen muss. Deutsche Soldaten werden im Rahmen der Nato für den Einsatz mit dieser taktischen Atomwaffe ausgebildet. Mit Bundeswehr Tornados sollen die Raketen ins Zielgebiet geflogen und abgeworfen werden. – Wir wollen erreichen, dass die Amerikaner sie abziehen.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage weltweit?

Gisela Hinricher: Trotz einiger Teilerfolge wie Abrüstungsverträgen ist es insgesamt nicht besser geworden. In diesem Jahr hat US-Präsident Trump den Rüstungskontrollvertrag mit Rußland aufgekündigt – ohne Not. Ein Desaster. Weltweit sind derzeit viele Herrscher am Ruder, deren politisches Agieren uns Sorge bereitet.

Sie streiten jetzt schon seit rund 40 Jahren für Frieden und Abrüstung, setzen sich dafür ein, deutsche Rüstungsexporte zu stoppen. Was hält Sie bei der Stange – bei so vielen Rückschlägen und negativen Entwicklungen?

Theo Hinricher: Wir werden eine atomwaffenfreie Welt wohl nicht mehr erleben. Aber es lohnt sich,

weiter für unsere Kinder, Enkelkinder und nachfolgende Generationen dafür zu kämpfen. Es ist ein Hoffen wider alle Hoffnung.

Was wünschen Sie sich für Coesfeld?

Gisela Hinricher: Erstmal, dass sich morgen viele Menschen der Mahnwache anschließen. Und dann, dass nach der Wahl der neue Bürgermeister oder die neue Bürgermeisterin der internationalen Organisation „Mayors for peace“ (Bürgermeister für den Frieden)

beitritt, die 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet wurde. Auch unser Landrat Schulze Pellengahr und weitere Bürgermeister im Kreis Coesfeld machen da mit. Herr Öhmann wollte das leider nicht.

Theo Hinricher: Über das Riga-Komitee werden wir dazu auf jeden Fall einen Anstoß geben.

Erschienen in der „Allgemeinen Zeitung“ am 5.8.2020

„Atomwaffen und die Drohung damit sind ethisch nicht zu verantworten“

Offener Brief an Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer

Ferdinand Kerstiens

Anfang Mai plante Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den Kauf von 93 Eurofighter von Airbus sowie 45 F-18-Kampfflugzeugen des US-Herstellers Boeing als künftige Trägersysteme für die US-Atomwaffen in Deutschland. Als Reaktion darauf verfasste Ferdinand Kerstiens einen Brief an die Verteidigungsministerin, welcher im folgenden als „Offener Brief“ zu lesen ist.

Sehr geehrte
Frau Kramp-Karrenbauer!

Aus den Medien erfuhr ich von Ihrem Plan, fast 150 neue Flugzeuge zu bestellen, darunter auch amerikanische Jets, die Atomwaffen transportieren können.

Ich finde es horrende, jetzt, wo alle Aufmerksamkeit der Corona-Krise zugewandt ist, gleichsam im Schatten dieser Diskussion, eine solche Bestellung durchführen zu wollen.

Die Anschaffung insbesondere der Atomwaffen-fähigen Jets bedarf einer breiten politischen Diskussion, nicht nur im Bundestag, der wegen Corona auch nur in kleiner Besetzung tagt.

Die Flugzeuge erfordern zudem ein gewaltiges Kapital. Die Corona-Krise macht deutlich, dass dieses Geld dringend für die Gesundheitsvorsorge gebraucht wird, für eine angemessene Bezahlung der Pflegedienste, für eine entspre-

chende Ausgestaltung der Kitas und Schulen, für eine Energiewende, um nur einige Posten zu nennen. Die Corona-Hilfe für z.B. die afrikanischen Staaten erfordert Umdenken und viel Geld, wenn Deutschland seine Weltverantwortung wahrnehmen will.

Ich finde es zudem beschämend, wenn sich die Regierung rühmt, ein paar Minderjährige aus den Flüchtlingslagern in Griechenland hierher zu holen. Den Flüchtlingen dort in den abscheulichen und gefährlichen Lagern und der griechischen Regierung zu helfen, erforderte die Milliarden, die Sie jetzt für die Flugzeuge ausgeben wollen. Der § 1 unseres Grundgesetzes soll die Würde aller Menschen schützen. Dazu sind Ihre Flugzeuge völlig ungeeignet. Sie heizen nur den Rüstungswettlauf an, der die endlichen Ressourcen unserer Welt vergeudet. Deutschland hat schon im vergan-

genen Jahr die Rüstungsausgaben nach SIPRI um 10% gesteigert. Sie mögen das als Erfolg verbuchen – aber auf wessen Kosten??

Sie wissen, dass breite Kreise der Bevölkerung keine Atomwaffen in Deutschland wollen und dass entsprechende politische Beschlüsse vorliegen, solche Waffen zu entfernen. Ich persönlich stimme Papst Franziskus zu, dass Atomwaffen und die Drohung damit ethisch nicht zu verantworten sind. Mit Verbrechen darf man nicht drohen.

Die mindeste Forderung im Rahmen unserer gemeinsamen demokratischen Verantwortung erfordert: Verschiebung der Entscheidung auf die Zeit nach einer nachhaltigen öffentlichen Diskussion.

Mit freundlichen, aber auch sorgenvollen Grüßen
Gez. Ferdinand Kerstiens

Rezension

Deutsche Bischöfe im Weltkrieg. Wort zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren.

Die Deutschen Bischöfe Nr. 107, 20. April 2020

Ferdinand Kerstiens

Nein, ich kann keine objektive, distanzierte Rezension zu der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur Kriegsbefürwortung ihrer Vorgänger schreiben, zu sehr bin ich persönlich mit meiner Familiengeschichte und durch meine Mitarbeit in pax christi in die Vorgeschichte dieser Erklärung verweben.

Autobiographischer Zugang

Mein Vater (geb. 1887) hat 1933 im Februar an den Vizekanzler von Papen seine Sorgen wegen des Nationalsozialismus zum Ausdruck gebracht. Von Papen beruhigt in seinem Antwortschreiben meinen Vater: Er sei ja Vizekanzler und werde „für die gedeihliche Zusammenarbeit der christlichen und nationalen Kräfte unseres Volkes“ sorgen. Mein Vater hat mehrfach gesagt, dass er sich nach dem Kon-

kordat von den Bischöfen durch die dann folgende Verharmlosung der Nazis verraten gefühlt hat. Als katholischer Akademiker ist er dann wegen seiner Teilnahme an der Großen Prozession 1937 in Münster wie manche seiner Freunde in die Diaspora versetzt worden. Er sagte zu meinem Bruder, der im Herbst 1943 an die Ostfront als Soldat geschickt wurde: „Gott behüte dich. Aber du musst wissen, dass wir den Krieg verlieren müssen. Sonst werden wir die Schufte nicht los.“

Ich selber habe den Krieg nur als schreckenserregend empfunden, musste Bombennächte und Tagesangriffe erleben, sah die Tiefflieger mit ihren Schüssen auf Passanten und musste den Kanonenhagel am Kriegsende im Keller eines Krankenhauses am Rheinufer überleben. Nach den Bombenangriffen lief ich durch brennende Straßen in Düssel-

dorf und schaute, ob meine Freunde noch lebten. Das war natürlich auch wie ein großes Abenteuer für mich, das ich überstand. Zwölf Jahre war ich zum Kriegsende, das unsere Familie schon damals als Befreiung empfand, obwohl mein Bruder sich in russischer Kriegsgefangenschaft befand und eine meiner Schwestern im Arbeitsdienst in Schlesien war.

Und ein Zweites: Hans Werners, der Studentenpfarrer in Münster, mit dem ich seit 1962 zusammen lebte und arbeitete, erzählte erst 1979 zum ersten Mal: „Im Herbst 1943 kam ich zu Clemens August, sprach von den Verbrechen hinter der Front durch Sonderkommandos und Wehrmacht und fragte, ob ich denn auch als Sanitätssoldat und Priester in diesem Krieg weiter mitwirken dürfe. Clemens August: ‚Gehen Sie in den Krieg gegen den gottlosen Bolschewismus. Das andere hinter der Front ist Sache der staatlichen Obrigkeit. Das ist außerhalb Ihrer Verantwortung.‘“ Hans Werners dazu: „Ich kam ja als Sanitätssoldat in der Ukraine in viele Häuser, um Platz zu schaffen für die Verwundeten. Überall gab es den Herrgottswinkel und manchmal brannte noch eine Kerze davor. Das waren also die Vertreter des gottlosen Bolschewismus.“

Der pax-christi-Zugang

Mehrfach hat pax christi, die Deutsche Sektion, über die Stellung der Kirche und die Kriegsbefürwortung durch die Bischöfe auf ihren Delegiertenversammlungen gesprochen und eine Erklärung dazu verlangt. Bischof Algermissen, der Präsident von pax christi, berichtete daraufhin dem Vorstand, er habe der Bischofskonferenz unser Anliegen vorgetragen, aber nur Ablehnung erfahren.

2005 wurde Clemens August Graf von Galen seliggesprochen. Der Vorstand von pax-christi in der Diözese Münster gab dazu eine umfangreiche Erklärung heraus, in der es hieß: *„Wir sehen uns als Pax Christi in unserem Friedensengagement mit dem Vorwurf konfrontiert, die Friedensäußerungen der Kirche von heute seien unglaubwürdig, wenn zugleich ein solcher Verfechter kriegerischer Gewalt mit der Seligsprechung der Welt zur Verehrung und Nachahmung empfohlen wird. Leider hat sich die deutsche Bischofskonferenz bis heute – trotz der ausdrücklichen Bitte von Pax Christi – nicht von der Kriegsbefürwortung ihrer Vorgänger distanziert und dafür um Entschuldigung für die Kirche gebeten. Umso wichtiger ist es für uns als Pax Christi Bewegung davor zu warnen, die Seligsprechung von Bischof Clemens August auch als eine ‚Seligsprechung‘ seiner Kriegs-*

befürwortung zu verstehen.“ Diese Erklärung wurde in den Medien der Diözese und in der Münsteraner Ortspresse totgeschwiegen. Auch vom Bischof erhielten wir keine Antwort. Weihbischof Ostermann sagte uns nach seiner Pensionierung: Unsere Erklärung sei ganz wichtig gewesen. Auf unsere Frage, warum er das nicht 2005 gesagt habe: Er habe nicht noch Öl ins brennende Feuer des Domplatzes gießen wollen.

2019 hat Heinz Missalla, langjähriger Geistlicher Beirat von pax christi Deutschland in einem bewegenden persönlichen Appell, der posthum erschien, die Bischöfe angemahnt, doch wenigstens zum 80jährigen Kriegsbeginn um Entschuldigung für die Kriegsbefürwortung durch ihre Vorgänger zu bitten. Diese Bitte wurde von Joachim Kuroпка, lange Mitglied der Kommission für Zeitgeschichte im Bistum Münster, in unserer Kirchenzeitung als „völlig abstrus“ bezeichnet. Nun endlich hat sich die deutsche Bischofskonferenz geäußert: „Deutsche Bischöfe im Weltkrieg. Wort zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren.“ Verlautbarungen der deutschen Bischöfe Nr. 107, 29.4.2020.

Darstellung der Erklärung

Schon im Vorwort wird von einem „Versklavungs- und Vernichtungskrieg“ gesprochen (5). Dann wird

von der Dankbarkeit gesprochen, die allen gilt, „die geholfen haben, die Macht des Nationalsozialismus zu brechen“ (6) und die am Wiederaufbau einer friedlichen Welt mitgearbeitet haben. Doch „der alte Ungeist der Entzweiung, des Nationalismus, des ‚völkischen Denkens‘ und autoritärer Herrschaft erhebt vielerorts, auch in Deutschland, sein Haupt.“ (6) Deswegen sei jetzt eine Stellungnahme „ohne Wenn oder Aber“ (6) gefordert. „Wir deutschen Bischöfe wissen, dass uns die Rolle des Richters über unsere Vorgänger nicht gut zu Gesicht steht.“ (7) Dennoch müssten sich die „Nachgeborenen der Geschichte stellen“ (7). Man spürt, wie schwer den Bischöfen diese Erklärung nach 75 Jahren des Schweigens gefallen ist.

Im Abschnitt I sprechen die Bischöfe über die vielfältige politische Entwicklung Deutschlands, über die Veränderung des Bewusstseins, über die neue „Nachdenklichkeit“, über die Beteiligung der Bischöfe, die „die katholischen Soldaten in ihrer Gewissensnot allein gelassen“ (11) haben. Darauf hatte vor allem Heinz Missalla in vielen Veröffentlichungen aus seiner persönlichen Betroffenheit berichtet. Es gäbe heute viele Gründe dafür, sagen heute die Bischöfe, „diese Periode der Geschichte kritisch zu betrachten und auch Verfehlungen zu benennen!“ (11)

Im Abschnitt II geht es um das Verhalten der Bischöfe während des Krieges. Die Bischöfe heute sprechen von den vielen Verbrechen während des Krieges, von der „Ermordung der polnischen Intelligenz, darunter katholischer Geistliche in großer Zahl“ (12), aber es „blieb - wie schon im Ersten Weltkrieg – die patriotische Bereitschaft, die materiellen, personellen und geistlichen Ressourcen der Kirche für den Kriegseinsatz zu mobilisieren, bis zum Ende ungebrochen“ (12). „Ganz im Sinne der kirchlich tradierten Sicht des Krieges riefen sie die Soldaten und Gläubigen zu Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung, zu Bewährung, Sühne und Opfersinn auf“ (13). Alle Bischöfe – bis auf den Bischof von Berlin, Konrad von Preysing. „Nach dem Sieg über Frankreich läuteten die Glocken.“ (13) Den Krieg gegen die Sowjetunion verstanden sie als Kampf gegen den „gottlosen Bolschewismus“ (14), wie auch Bischof Clemens August von Münster (s.o.). Das Leiden und Sterben der Soldaten und der heimischen Bevölkerung durch die Bombenangriffe standen dann in den letzten Kriegsjahren immer mehr im Vordergrund. „Die Leiden der Anderen kamen hingegen nur ungenügend in den Blick.“ (14) Fazit: „Indem die Bischöfe dem Krieg kein eindeutiges ‚Nein‘ entgegenstellten, sondern die meisten von ihnen den Willen zum Durchhalten

stärkten, machten sie sich mitschuldig am Krieg.“ (15)

Im Abschnitt III versuchen die Bischöfe heute „Zugänge zum Verstehen“ (16) der Bischöfe damals. Das „Verhalten unserer Vorgänger im Bischofsamt“ erscheint uns heute als „schwer verständlich“, „wenn nicht sogar falsch“ (16). Sie nennen dann einige Faktoren, die „helfen, das Verhalten zum Krieg nachvollziehbar zu machen, ohne es entschuldigen zu wollen“ (16). Da geht es z.B. um die „traditionellen Ordnungsvorstellungen“: Bei aller Einzelkritik: „die Ordnung selbst wurde nicht infrage gestellt, da eine Auflehnung gegen die staatliche Ordnung zugleich als Auflehnung gegen den göttlichen Willen verstanden wurde. Diese traditionelle Form der Legitimation von Herrschaft brachte unter den Bedingungen der Moderne eine größere Nähe zu monarchistischen und autoritären als zu freiheitlich-demokratischen Staatsformen hervor“ (16), da die „Menschenrechte... als Ziel aller staatlichen Gewalt erst langsam das kirchliche Denken zu bestimmen begann“. (17) Auch die Lehre vom „gerechten Krieg“ war zu „einem Mittel der Gewaltlegitimation geworden“ (17). Dazu kam die „Akzeptanz der selbstverständlichen Anwesenheit des Militärischen im Alltag“ (17). „Vorstellungen von Ehre, Disziplin und Gehorsam, die

mit der soldatischen Existenz verbunden waren, galten viel.“ (17f) Dazu kam das fast religiöse Verständnis des Fahneneides, den jeder Soldat auf Hitler schwören musste. Im Hintergrund stand die Ablehnung des Versailler Vertrages, der als „Demütigung“ des deutschen Volkes verstanden und „von vielen Katholiken (auch Bischöfen) als ungerecht angesehen“ (18) wurde. „Neben dem nationalen Denken bot die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bzw. der Kampf gegen den Bolschewismus die größte Anschlussfähigkeit an nationalsozialistische Ideen“ (18). Die Bischöfe fühlten sich zudem an das Konkordat gebunden, auch wenn die Nationalsozialisten es vielfach brachen. Die Bischofskonferenz „erwies sich als institutionell zu schwach, um zu einer durchschlagenden gemeinsamen Handlungslinie zu kommen.“ (19) Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Adolf Bertram, „blockierte eine Änderung des Kurses“ (20).

Im Abschnitt IV suchen die Bischöfe „Lehren für die Zukunft“ zu ziehen (21). Sie geben zu: „Es hat lange gedauert, bis in der katholischen Kirche in Deutschland und auch unter den Bischöfen die eigenen Verstrickungen in das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg thematisiert und selbstkritisch betrachtet wurden“ (21). „Heute blicken wir

mit Trauer und Scham auf die Opfer und diejenigen, deren existenzielle Fragen angesichts der Verbrechen und des Krieges ohne angemessene Antwort des Glaubens blieben“ (21). Sie sehen einen Lernprozess der Kirche im Blick auf das „Leid der Anderen, insbesondere der Juden“ (21), der zur Erneuerung der Kirche beigetragen habe. Sie denken nach über das Staat-Kirche-Verhältnis und sprechen vom Wandel des Leitbildes vom „gerechten Krieg“ zum Leitbild des „Gerechten Friedens“, dem sie ein neues Wort widmen wollen.

Kritik

Man muss den Bischöfen bescheiden, dass sie versucht haben, sich ehrlich der Geschichte zu stellen. Es war ein dringend nötiges Wort, das längst erforderlich war. Sie haben sicher viele Punkte benannt, die für ihre Vorgänger verhängnisvoll wichtig waren. Doch sie haben die Rückfragen zu sehr personalisiert. Was steckt dahinter, dass nur solche Männer Bischöfe wurden, die von einem solchen autoritären Gehorsamsverständnis geprägt waren? Dieses Gehorsamsverständnis prägte ja nicht nur ihr Verhältnis zur legalen Obrigkeit, sondern auch ihren innerkirchlichen Anspruch. Was für ein Bischofsverständnis steckte dahinter? Die Bischöfe verstanden ihr Lehramt rein von oben herab. Sie

hörten nicht auf die kritischen Stimmen von gläubigen Christ*innen. Ist das heute überwunden?

Es gab in der kirchennahen Bevölkerung ganz andere Erkenntnisse und Einstellungen. Franz Jägerstätter ist einer von vielen Zeugen dafür. Dazu gehört auch der Salvatorianer-Pater Josef Savelsberg, an den pax christi Münster 2001 bei einem Besuch an seinem Grab bei Kleve erinnerte und der bereits am 6.12.1939 erschossen wurde, weil er sich weigerte, auf Niederländer zu schießen. Etliche sind aus ähnlichen Gründen ermordet worden. Dabei waren diese Menschen Zeug*innen des Glaubens, der Versöhnung, des Friedens. Viele haben aus ihrem Glaubensverständnis heraus Widerstand geleistet. Sie galten den Bischöfen als irregeleitet.

Bei Markus heißt es: „Ihr wisst, dass die, die als Herrscher gelten, ihre Völker unterdrücken und ihre Macht über die Menschen missbrauchen. Bei euch aber soll es nicht so sein, sondern wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein, und wer bei euch der Erste sein will, soll der Sklave aller sein.“ (10,35-45) Das Selbstverständnis der Bischöfe als geweihte Herrscher, die Gehorsam in Kirche und Staat verlangen, war eine Grundursache ihres Versagens. Deswegen waren sie so versuchbar von Macht. In den Gehorsams- und

Ordnungsstrukturen ähnelten sich Kirche und Nationalsozialistischer Staat. Deswegen geht die Analyse des neuen Bischofswortes nicht tief genug. Die „Lehren für die Zukunft“ müssen auch zu einem gewandelten Selbstverständnis der Bischöfe, zur Überwindung des Klerikalismus in der Kirche führen, sowie zu einem neuen Friedensverständnis, das auf Gerechtigkeit, auf den Menschenrechten besteht, bewaffnete Drohen und den Besitz von und die Drohung mit Atomwaffen ächtet. Krieg darf nicht mehr das letzte Mittel der Politik sein, wenn unsere Welt überleben soll. Die neue Erklärung zum Frieden, die die Bischöfe in ihrer jetzigen Erklärung angekündigt haben, bietet den Raum dafür.

Ich habe diese Besprechung auch an die Bischofskonferenz geschickt. Der Sekretär der Bischofskonferenz, Pater Langendörfer, hat mir mitgeteilt, dass er meine Besprechung auch an die Redaktionsgruppe geschickt hat, die das neue Friedenswort der Bischofskonferenz vorbereitet. Daraufhin habe ich folgenden Brief an die Mitglieder der Redaktionsgruppe geschickt und Pater Langendörfer gebeten, auch diesen Brief weiterzuleiten, da die Namen der Mitglieder dieser Gruppe nicht veröffentlicht werden.

Marl, den 8.7.2020

An die Mitglieder der Arbeitsgruppe, die das neue Friedenswort der Bischöfe vorbereiten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vor Kurzem habe ich eine Besprechung der Bischofserklärung zu dem Verhalten ihrer Vorgänger im Zweiten Weltkrieg geschrieben. Darin habe ich auch einige Bemerkungen zu dem angekündigten Friedenswort gemacht. Diese Besprechung habe ich an die Bischofskonferenz geschickt. Pater Langendörfer hat mir mitgeteilt, dass er meine Besprechung an Ihre Gruppe weitergegeben hat. Da ich die Namen Ihrer Arbeitsgruppe nicht erfahren kann, habe ich Pater Langendörfer gebeten, auch diesen Brief Ihnen weiterzuleiten. Ich finde dieses Vorgehen unglücklich, da dann das Ergebnis Ihrer Arbeit hinterher als Erklärung von oben fertig vorgesetzt wird. Ein synodaler Weg würde mehr Transparenz in das Geschehen bringen und eine größere Akzeptanz in der Öffentlichkeit bewirken.

Doch sei es wie es sei. Ich möchte Ihnen auf diesem Weg meine Erwartungen an das neue Friedens-

wort mitteilen, nicht in fertigen Formulierungen, sondern in Stichworten und Hinweisen auf Fragen, die meiner Ansicht nach in einem neuen Friedenswort berücksichtigt werden müssen, auch wenn sie traditionell zum Teil bisher nicht unter den friedenspolitischen Gesichtspunkten berücksichtigt wurden. Es geht um vier Komplexe: Rüstung und Militärpolitik, Wirtschaft, die nicht tötet, Ökologie, die Leben weiter ermöglicht, und wie sieht eine friedensfähige Kirche aus. Die grundsätzliche Begründung für das Friedenshandeln der Kirche, die biblischen, theologischen und spirituellen Bezüge setze ich dabei voraus.

Wie steht es außerdem mit einer Zusammenarbeit Ihrer Gruppe mit dem Projekt der Badischen Landeskirche „Sicherheit neu denken“? Die Erfahrungen von Misereor, Adveniat und Renovabis, des „Forum Ziviler Friedensdienst“ und von pax christi müssten auf jeden Fall mit einbezogen werden.

Zu meiner Person, damit Sie das Folgende einordnen können: Ich bin Weiekollege von Reinhard Lettmann und Franz Kamphaus, war von 1962-1975 in der Studentengemeinde Münster tätig und konnte in dieser Zeit auch bei J.B. Metz und Karl Rahner promovieren. Dann war ich bis 1998 Pfarrer in Marl. Seit meiner Emeritierung bin ich hauptsächlich bei pax christi in

verschiedenen Funktionen tätig. Seit 50 Jahren verbindet mich mit dem Freckenhorster Kreis und vielen Brasilieninitiativen die Arbeit in und für die Eine Welt. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Ferdinand Kerstiens

Der Komplex von Militär und Rüstung

Da geht es um die bekannten Probleme, die aber konkret angesprochen werden müssen: **Keine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf 2%**. Warum auch? Diktat von Trump? – **Klares Nein zur atomaren Beteiligung** Deutschlands, gegen die Atombomben in Büchel. Schon der Besitz von Atombomben ist ethisch nicht zu rechtfertigen (Papst Franziskus). Mit Massenmord darf man nicht drohen. Bischof Wilmer hat vorgeschlagen, Deutschland solle nicht die atomare Beteiligung kündigen, sondern sich in der NATO um eine Reduzierung der atomaren Drohung bemühen. Aber so wird nur die Politik der Bundesregierung unterstützt, die solche Fragen

auf die lange Bank schiebt, damit nichts passiert: nicht an die NATO rühren. Dies darf ein Friedenswort der Kirche nicht unterstützen. Deswegen ist die Forderung nötig nach einem **Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbot der UNO.** – **Keine bewaffneten Drohnen.** Sie sind Waffen, die willkürlich Gegner und Zivilisten irgendwo töten, ohne Gericht ermorden, wie die USA es vormacht. Dazu gehört auch eine Infragestellung von Ramstein, wo die USA solche Drohnen logistisch leitet. – **Keine Waffenexporte**, vor allem nicht in Länder, die in Kriegen engagiert sind oder die eigene Bevölkerung unterdrücken. Beispiele dafür sind zahlreich. **Auch keine Kleinwaffen**, die vielerorts auch von Kindersoldaten benutzt werden. – **Rückzug der Truppen**

aus Afghanistan und Irak. Viele Konflikte sind militärisch nicht zu lösen, sondern nur mit zivilen Mitteln, Diplomatie und hilfreicher Wirtschaftspolitik, die Lebensmöglichkeiten für die Menschen vor Ort schafft. Die Analyse von pax christi international hat gezeigt, dass militärische Lösungsversuche oft zu weiterer Gewalt führten, zivile Konfliktlösungen aber erfolgreicher sind. - **Keine militärische Hilfe für Grenzsicherungen** autoritärer Staaten, die selber Menschenrechtsverletzungen begehen. - **Stärkere politische, finanzielle und organisatorische Unterstützung der unterschiedlichen Zivilen Friedensdienste.**

Wirtschaftspolitik als Friedenspolitik

Keinesfalls kann es ein Friedenswort geben, das nicht Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt. Denn **diese „Wirtschaft tötet“** (Papst Franziskus). Wir leben weltweit, aber auch hier in Deutschland, in „Strukturen, die die Reichen immer reicher machen auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden“ (Lateinamerikanische Bischofsversammlung in Puebla 1975, Nr. 30). Armut und Elend schneiden Lebensrechte ab, missachten die Menschenwürde und steigern Ohnmacht, schaffen Wut und Verzweiflung und zwingen

zu weltweiten Fluchtbewegungen. **Die Armen sind oft die ersten Opfer** von Unwetterkatastrophen, Krankheiten (Aids, Corona) und Hunger. Deswegen muss sich ein Friedenswort auch dem **Unfrieden stellen, der Folge der wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten ist.**

Ich erinnere an die internationale Bischofsklärung zum **Lieferkettengesetz**, die gerade von Misereor veröffentlicht wurde. „Gerechte Preise“ verlangen menschengerechten Lohn und Lebensbedingungen für alle Glieder dieser Kette. - **Freihandelsverträge** verurteilen die armen Länder zu Rohstofflieferanten, damit sie unsere Industriewaren kaufen. Ich erinnere an die Stellungnahme von Misereor **gegen Mercosur**, dem Freihandelsabkommen mit mehreren Staaten Lateinamerikas: die sollen Mineralien, Fleisch und Soja liefern. Damit wird unsere Massentierhaltung gefördert, deren Abfall unsere Böden verseucht. Die hier nicht so gewünschten Fleischteile werden nach Afrika exportiert. Sie **zerstören da die Kleinbauernwirtschaft** wie auch in den Lateinamerikanischen Ländern. – Stellungnahme **gegen den Export von hoch subventionierten Landwirtschaftserzeugnissen und Altkleidern zu Dumpingpreisen** nach Afrika.- Deutschland ist Exportweltmeister. Aber es geht um ein Gleichgewicht zwischen Ex-

port und Import, sonst führt diese Wirtschaft nur zur immer **höheren Verschuldung der armen Länder.** – Deswegen ist Schuldenerlass nötig. Die Investitionen in diesen Ländern sind höchstens Rückzahlung all dessen, was ihnen in Jahrhunderten des Kolonialismus geraubt wurde. - **Nicht die Entwicklungspolitik als Außenhandelsförderung** benützen, sondern fragen, was diese Länder, was diese Menschen brauchen. Misereor und Brot für die Welt machen dies vor. Kein Dirigat, keine Bevormundung durch die Reichen. Die Menschen dort in ihren Eigeninitiativen fördern. – **Transparenz beim Lobbyismus, Kampf gegen die Korruption.**

Alles, was Ungerechtigkeit und Armut abbaut, ist konkrete Friedensförderung. Das muss in einem neuen Friedenswort deutlich und konkret zur Sprache kommen, mehr als in den bisherigen Friedensimpulsen.

Ökologie

Der Einsatz gegen die Klima-Erwärmung ist auch friedenspolitisch geboten. Sonst wird vielen Menschen, vor allem den Armgemachten, **die Lebensgrundlage** entzogen. Auch die Unwetter, Überschwemmungen und Taifune treffen vor allem sie, die keine festen Häuser haben und oft nahe am Meeresspiegel

wohnen und vom Meer und seinen Fischen leben. **Die Verursacher der drohenden Katastrophe sind die Reichen und Mächtigen.** Die Armen sind die Opfer. Ökologie ist auch ein Schutz für die Indigenen, die im Einklang mit der Natur leben. Die **Abholzung des Amazonaswaldes** wie die Vertreibung der Indigenen und das weltweite Roden von Wäldern für Palmölplantagen schaden der ganzen Menschheit. Der Schutz der Vielfalt der Schöpfung ist Friedenspolitik für einen bewohnbaren Planeten Erde.

Kirche

Eine **hierarchisch von oben nach unten strukturierte Kirche ist selber nicht friedensfähig**, sondern neigt zur Unterdrückung, wie die Geschichte zeigt. Ich hoffe, dass da der „Synodale Weg“ in allen Bereichen Fortschritte macht und die Kirche friedensfähiger wird. Es geht um das Hinhören auf die Not der Menschen, auf die Evangelisierung durch die Armen, die Armgemachten und deren Erfahrungen mit der Bibel, um befreiungstheologische Perspektiven, um partizipative Gottesdienste, eine Sprache, die sich nicht in frommen Formeln versteckt. Die **Amazonassynode** mit ihrer Vorgeschichte hat das deutlich gemacht. Allerdings hat Papst Franziskus die „mutigen Vorschläge“,

die er gefordert hatte, nicht übernommen. Das **synodale Element** macht die Kirche menschnah und friedenswirksam. Das „auserwählte Volk, die königliche Priesterschaft“ (1 Petr 2,9) muss neue Strukturen und Ausdrucksformen finden, auch die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Funktionen und Ämtern. Das Friedenswort muss sich also an die Kirche selber wenden, damit sie glaubwürdig und wirksam für den Frieden tätig werden kann.

Ich weiß, all diese Anliegen und Forderungen sind nur bruchstückhaft skizziert und könnten weiter fortgesetzt werden. Aber ich denke, dass die Richtung deutlich wird, die Konkretionen, die Erdung, die Menschnähe, die nötig sind. Schreiben Sie bitte ein Friedenswort, das wegweisend ist und nicht schon alle möglichen Kompromisse mit anbietet.

Rezension

Ralph Caspers: Wenn Papa jetzt tot ist, muss er dann sterben? Wie wir Kindern in Trauer helfen können

Eberhard Ockel

Ein liebevoller Vater und menschenfreundlicher verständnisvoller Autor - für alle Facetten menschlichen Verhaltens - begegnet uns in diesem Buch, das man sicherlich schon 8-Jährigen in die Hand geben kann, aber es ist ratsam, die Kinder und Jugendlichen mit dem Buch nicht allein zu lassen (184), denn der Autor richtet sich eindeutig an Erwachsene. Er betont, es handele sich nicht um ein Kinderbuch. Aufgrund der einfachen klaren und schlichten Sprache dringen die Worte unmittelbar ins Gemüt. Wer wie ich als Hospizhelfer Angehörige im Anblick des Todes hilflos erlebt hat, wird dankbar die Existenz dieses Buches begrüßen, das sich mit Recht als Notfallplan (18) greift.

Wer Caspers aus der Sendung Quarks & Co - Dienstagabend 21 Uhr im WDR - kennt, wird auch noch ein anderes unverwechselbares Merkmal wiederfinden: sein penibles Streben nach Ordnung,



das in diesem Buch naturgemäß zu Wiederholungen führt.

In einem ersten Teil (21ff), der die praktischen Erfahrungen von Eltern widerspiegelt und wichtige und

Neugierfragen von Kindern und Jugendlichen im unmittelbaren Kontext eines Todesfalls möglichst leicht verständlich kommentiert, wird ein Muster für das Prinzip geliefert, sich so einfach und konkret und nach bestem Wissen und Gewissen auf die Fragen einzulassen.

Der bei weitem umfangreichere Teil des Buches (Informationen für konkrete Beziehungssituationen, 75ff) beschäftigt sich nämlich mit dem Anlass kindlicher Trauer: vom Tod eines Kuscheltieres über den Abschied von Bekannten, Freunden, Vertrauenspersonen, und reflektiert einfühlsam mögliche Reaktionen bei den Betroffenen selbst und empfehlenswerte authentische Äußerungen des Mitgefühls. Dabei finde ich die klare Unterscheidung zwischen wünschenswerten und tröstlichen Äußerungen und leider viel zu häufig gebrauchten gedanken- und hilflosen Floskeln, die jeweils beispielhaft aufgelistet werden, sodass sie jede(r) wiedererkennen kann, außerordentlich hilfreich.

Der letzte Teil informiert über Fragen, die im Zusammenhang mit einem Todesfall vor allem für die Betroffenen aktuell werden. Da geht es zum Beispiel um wichtige Sprachregelungen, die die Rücksicht auf die Trauernden im Blick haben (70ff; 185ff).

Das durchgängige Prinzip, die Kapitel mit Fragen zu beginnen, erinnert in allen Aspekten daran, dass Kinderfragen im Fokus stehen. Aber es erleichtert auch, bei der Lektüre entschlossen zu stöbern und der Neugier oder der Not einer aktuellen Situation zu gehorchen.

Kostbar empfinde ich die Theorien zum Trauern (215ff); vor allem deshalb, weil Caspers betont, dass der Tod zum eigenen Weltbild unausweichlich dazugehört (226) und dass allen Theorien zum Trotz jeder trauernde Mensch anders mit der Verlusterfahrung umgeht. Wieso der Tod zum Kreislauf des Lebens dazugehört, wird ausnahmsweise ohne entsprechende Frage geklärt (266ff). Packend und anrührend wirkt für mich das Nachwort (278ff), aus dem hinreichend klar wird, was Caspers antreibt.

Für eine 2. Auflage, die ich dem Autor von ganzem Herzen wünsche, wünschte ich mir einen Anhang von

*Ralph Caspers:
Wenn Papa jetzt
tot ist, muss er
dann sterben? Wie
wir Kindern in Trauer
helfen können,
Köln: Bastei Lübbe
2020, geb., 284
Seiten, ISBN 978-3-
7857-2632-7,
20 Euro*

zum Thema gehörigen Texten, die zu Unrecht unbekannt oder vergessen sind, und die natürlich auch ergänzt werden können:

1. Aus den Märcen der Brüder Grimm Nr. 177: Die Boten des Todes
2. Aus dem Schnurpsenbuch von Michael Ende: Nr. 45: Ein Schnurps grübelt
3. Erich Kästner: Gedanken beim Überfahrenwerden

Vielleicht lassen sich solche Text-hinweise ja auch einbeziehen in die Verwendete Literatur (281ff).

Zweifellos schließt Caspers eine empfindliche Lücke. Das Buch verdient, in mindestens einem Exemplar in jeder Bücherei zu stehen und von Bestattern besonders empfohlen zu werden. Es bleibt zu hoffen, dass namentlich unter dem Eindruck der gegenwärtigen Pandemie das Verdrängen des Todes als gesellschaftliche Attitüde einer menschlicheren und nüchternen Betrachtung des Lebensendes Raum gibt.

Ich kann jedenfalls die Lektüre des Buches für alle von Tod und Sterben Berührten sehr empfehlen.

KONTAKT



Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):
Montag, Dienstag und Donnerstag von
8.30 bis 14 Uhr sowie Termine nach
Vereinbarung,
Email: d.huegel@paxchristi.de

pax christi-Büro Münster
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon: 0251-511420,
Email: muenster@paxchristi.de
Webseite: www.muenster.paxchristi.de

IMPRESSUM

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

E-Mail: muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster

IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Weltstatistik zur Besinnung

Falls du heute Morgen nicht krank, sondern gesund aufgewacht bist, bist du glücklicher als eine Million Menschen, welche die nächste Woche nicht erleben werden.

Falls du nie einen Tag Krieg erfahren hast, nie die Einsamkeit einer Gefangenschaft, nie die Nöte auf einer Flucht, nie die Agonie von Gefolterten oder Hungersnot, dann bist du glücklicher als 700 Millionen Menschen dieser Welt.

Falls sich in deinem Kühlschrank Essen befindet, du angezogen bist, ein Dach über dem Kopf hast und ein Bett zum Schlafen, bist du reicher als 75% aller Menschen weltweit.

Falls du ein Bankkonto hast, Kreditkarten und Geld im Portemonnaie und auf Kleingeld nicht arg achten musst, gehörst du zu den 8% der wohlhabenden Menschen auf dieser Welt.

Falls du diese Statistik liest, bist du besonders privilegiert; denn du gehörst nicht zu den Milliarden Menschen, die nicht lesen können.

Klaus Hagedorn